39. Jahrgang | Bochum, den 22. Januar 1927 | Nummer 4

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Scheck-Konto Hannover Nr. 57613 Giro-Konto Bank der Arbeiter und Angestellten, Berlin S 14, Wallstr. 65

Abonnementspreis d. Boten vierteljährl. 3.— RM., d. die Post 3,00 RM. Einzel-Nr. 50 Pfg. Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Pfg.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinr. Limbertz, Essen. Druck: H. Hansmann & Co., Bochum Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Wiemelhauser Straße 38 42

Telephon-Nummern: 4300, 4301 Telegramm: Allverband Bochum

Gewerkschaften und Regierungskrise.

Seit Mitte Dezember haben wir im Reich wieder einmal eine Regierungskrise, Mitte Januar ist sie noch nicht gelöst, kein Mensch weiß, wie die nächste Reichsregierung aussehen wird.

Obwohl die stärkste Fraktion des Reichstags, die sozialdemokratische, in der Regierung nicht vertreten war, konnte ohne sie eine halbwegs vernünftige Politik im Reich nicht gemacht werden. Sie war die Hauptträgerin des Gedankens, daß für Deutschland außenpolitisch nur eine Politik der Völkerverständigung in Frage kommen kann. Dieser Gedanke wurde besonders in den Jahren 1921/23 von maßgebenden Kreisen der deutschen Wirtschaft unter Führung von Stinnes bekämpft. Systematisch zerschlug Stinnes 1922 alle Möglichkeiten, die Deutschland geboten wurden, um über die untragbaren Reparationslasten zu einer anderen Verständigung zu kommen. Die Cuno-Regierung war der getreue Fridolin dieser Wirtschaftskapitäne und führte das deutsche Volk in das schlimmste Besatzungs- und Inflationselend hinein. In der höchsten Not der Inflation nahm man die Sozialdemokraten ein paar Wochen in die Regierung, schob aber bald den eigentlichen Schöpfer der festen Währung, Hilferding, und bald darauf auch die übrigen sozialdemokratischen Regierungsmitglieder ab. Nach dem kurzen Intermezzo einer rechtsgerichteten Luther-Regierung kam die Regierung der Mitte. Beide mußten außenpolitisch sich dem Standpunkt der Sozialdemokraten nähern, da diese Versöhnungspolitik die einzig mögliche war. Sie führte über London, den Dawesplan nach Locarno, Thoiry und zur kommenden Weltwirtschaftskonferenz.

Auch innenpolitisch konnte keine Regierung der letzten Jahre so reaktionär regieren, wie die agrarischen und industriellen Scharfmacher dies wünschten. Die Gewerkschaften, zwar geschwächt durch Inflation und kommunistische Zerreißung, bildeten doch immer noch eine Macht, ohne oder gegen die keine erträgliche Politik möglich war. Die gewaltigen neuen Probleme der Sozialgesetzgebung waren mit Vorkriegsrezepten nicht zu lösen. Inoffiziell waren die gewerkschaftlichen Spitzenverbände mitregierend, insofern die Fragen der Sozialgesetzgebung, die Erwerbslosenfrage usw. mit ihnen besprochen und bei jeder Eventuallösung ihren Forderungen Konzessionen gemacht werden mußten. So gelangte auch die von der eigentlichen Regierungstätigkeit ausgeschaltete sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die man als Sachwalterin der freien Gewerkschaften im Reichstag ansprechen kann, nie zu einer schroffen Opposition zu der Regierung der Mitte, denn immer wieder ergab sich eine Lage, in der die Fraktion genötigt war, im Interesse der Arbeiterschaft die Regierung zu dulden, zu unterstützen, soweit dabei Fortschritte im Interesse der Arbeitnehmerschaft erzielt werden konnten. Ob diese Fortschritte größer gewesen wären, hätten Sozialdemokraten in der Regierung gesessen; ob es Ende 1924 möglich gewesen wäre, zu der großen Koalition zu kommen, sind Fragen, die wir hier nicht zu untersuchen haben. Die Fraktion mußte aber, in vollem Einklang mit dem ADGB., nach größerem Einfluß auf Regierung und Gesetzgebung streben. Zwar waren ihr in manchen Fragen der Sozialgesetzgebung Zugeständnisse gemacht worden. In bezug auf die soziale Versicherung ging dies so weit, daß beim Knappschaftsgesetz die Verwaltung nicht mehr halbiert, sondern den Arbeitern zu drei Fünfteln und den Unternehmern zu zwei Fünfteln überlassen wurde. Weitergehend hat der Arbeitsminister kürzlich in einer Rede zum Ausdruck gebracht, daß die staatlichen Versicherungseinrichtungen ganz allgemein von denen unter entsprechender behördlicher Aufsicht verwaltet werden müßten, für die sie geschaffen seien. Das ist ein gewaltiger Wandel der Anschauung in Regierungskreisen. Er ist nicht zuletzt auf die intensive Arbeit der Gewerkschaften zurückzuführen, die durch ihre Vertreter im Parlament geleistet wurde. Ein solcher Wandel erschreckt natürlich die Scharfmacher im Unternehmerlager um so mehr, da nicht nur eine bedeutsame Verbesserung der Reichsversicherungsordnung in Aussicht steht, sondern auch andere soziale Gesetze von höchster Bedeutung der Erledigung harren. Die Regelung der Arbeitszeitfrage und der Erwerbslosenversicherung sind hier in erster Linie zu nennen.

Es war deshalb zu begrüßen, daß die sozialdemokratische Fraktion im Einverständnis mit dem ADGB. zu einer Vereinbarung mit der Regierung kam, daß die wichtigsten Fragen der kommenden Gesetzgebung nicht ohne Fühlung mit ihr in Angriff genommen und erledigt werden sollten. Die weitere Etappe dieser Entwicklung wäre wohl der Eintritt der Sozialdemokraten in die Reichsregierung gewesen, wenn nicht die Deutsche Volkspartei, die Sachwalterin der Unternehmerinteressen, eine solche Entwicklung gefürchtet hätte. Deshalb legte sie an diese Vereinbarung das Sprengpulver der Insterburger Rede von Dr. Scholz, die die schärfste Absage an gemeinsamer Gesetzgebungsarbeit mit den Vertretern der Arbeitnehmerschaft darstellte. Dieser Abwürgungsversuch mußte von den Sozialdemokraten aufs schärfste zurückgewiesen werden, zusammen mit der Kritik an der Reichswehr usw. führte das zu dem Vorstoß der Sozialdemokraten gegen die Regierung, die deren Sturz herbeiführte.

Das Spiel der Deutschen Volkspartei, unter allen Umständen die Sozialdemokraten aus der Regierung fernzuhalten und dafür die Deutschnationalen hineinzunehmen, liegt offen zutage. Dr. Curtius, der Wirtschaftsminister, erhielt von Hindenburg den Auftrag, eine neue Regierung unter Erweiterung nach rechts zu bilden. Diese Mission mußte scheitern, da die Demokraten diese Bildung ablehnten und das Zentrum die größten außen- und innenpolitischen Bedenken dagegen vorbrachte. Interessant war es, daß Dr. Curtius den Versuch machte, auch mit den Gewerkschaften in der Frage dieser Regierungsbildung zu verhandeln. War der Versuch an sich auch zwecklos, so zeigt er doch, daß **man nicht so ohne weiteres gegen die organisierte Arbeitnehmerschaft zu regieren wagt!** Die Bedeutung dieses Vorgangs wird auch nicht dadurch abgeschwächt, daß man die betreffenden Verhandlungen als „informatorisch" bezeichnet. Wie würde das erst sein, wenn die breiten Massen der Arbeiterschaft die Notwendigkeit der Organisation begriffen!

In der Besprechung, die Dr. Curtius mit den Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AfA-Bundes hatte, betonte der 3. Vorsitzende des Bundes, Hermann Müller (Lichtenberg), daß er die Besprechung eigentlich für verfrüht halte, da ja die neue Regierung noch nicht gebildet sei und ein Regierungsprogramm, zu dem die Gewerkschaften Stellung nehmen könnten, noch nicht vorliege. Der Minister erklärte demgegenüber, daß er für die Verhandlung Wert darauf lege, die Forderungen kennen zu lernen, die die Gewerkschaften in der jetzigen Situation für besonders vordringlich hielten. Herm. Müller ging in seinen Ausführungen von der Feststellung aus, daß die Gewerkschaften einer Hinzuziehung der Deutschnationalen zur Regierung mit tiefstem Mißtrauen gegenüberständen, und zwar in erster Linie aus außenpolitischen Gründen. Eine Regierung, in der die Deutschnationalen vertreten seien, biete keine Gewähr, daß die Politik von Locarno und Thoiry unzweideutig fortgesetzt werde, ganz abgesehen davon, daß so entschieden antirepublikanische Politiker, wie sie in der deutschnationalen Partei seien, in die Regierung der Republik nicht hineingehörten. Die entschiedene Fortführung der Friedenspolitik sei eine Voraussetzung gedeihlicher Entwicklung der Wirtschaft.

Der Minister bekannte sich rückhaltlos zu der Politik von Locarno, aber er war auch offenbar der Meinung, daß die Hereinnahme der Deutschnationalen in die Regierung keine Belastung für diese Politik bedeute.

Die Gewerkschaftsvertreter legten sodann die im Augenblick wichtigsten sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen dar. Grundlegend in dieser Hinsicht sei die Forderung des **Notgesetzes über den Achtstundentag** und **der strikten Beseitigung des Ueberstundenunwesens**, das angesichts der chronischen Arbeitslosigkeit nicht tragbar sei. Kaum weniger wesentlich sei die Forderung einer **Erhöhung der Löhne**, die keinesfalls an die Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft oder an eine starke Erhöhung der Mieten gebunden werden dürfe. Die Arbeiterschaft habe bisher durch die Rationalisierung eine Besserung ihrer Lage nicht erfahren, im Gegenteil, sie trage in Gestalt der Massenarbeitslosigkeit die Kosten der Rationalisierung. Deshalb forderten die Gewerkschaften eine Richtung der Sozial- und Wirtschaftspolitik, die darauf abziele, **die Früchte der Rationalisierung**, die bisher einseitig den Unternehmern zugute kämen, **durch Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne und Senkung der Preise auch der breiten Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger zuteil werden zu lassen.**

Aus den Erwiderungen des Ministers ergab sich, wie aus Gewerkschaftskreisen berichtet wird, mit zwingender Deutlichkeit, daß **zwischen den Forderungen der freien Gewerkschaften und der Auffassung des Ministers ein so weitgehender Gegensatz besteht, daß schon heute vorausgesagt werden kann, daß die freigewerkschaftliche Arbeitnehmerschaft einem Ministerium Curtius mit scharfem Mißtrauen gegenüberstehen wird.**

Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften verlangten vor allem eine tragbare Zwischenlösung der Arbeitszeitfrage, da das Arbeitsschutzgesetz noch länger auf sich warten lassen werde. Sie verlangten vor allem die dreigeteilte Schicht in der Schwerindustrie und den absoluten Achtstundentag namentlich für Betriebe, in denen mit giftigen Stoffen gearbeitet wird, Maßnahmen gegen das jetzige Ueberstundensystem und Zusicherung der Sonntagsruhe. Andere Forderungen betrafen die Arbeitslosenversicherung, die Arbeitsbeschaffung, Wohnungsbau, Kartelle und Zollpolitik.

Nach den Presseberichten hatte Dr. Curtius den Christlichen nicht viel Tröstliches zu sagen, das Wohnungsbauprogramm für 1927 sei fertig, in der Frage des Kartellwesens halte er für wünschenswert, die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses abzuwarten.

Die Vertreter der Hirsch-Dunckerschen legten auch das größte Gewicht auf die Verabschiedung des Notgesetzes über die Arbeitszeit, während Dr. Curtius lieber auf das Arbeitsschutzgesetz warten möchte. Wenn auch in anderen Fragen die Gegensätze nicht so groß waren, so brachten doch auch die Hirsch-Dunckerschen Vertreter ihr unverhohlenes Mißtrauen gegen die Versuche von Dr. Curtius zum Ausdruck.

Charakteristischerweise schreibt ein Zentrumsblatt, die „Westf. Volkszeitung" in Bochum, zu diesen Verhandlungen:

> „Diese Verhandlungen dürften dem Minister gezeigt haben, daß, falls er geglaubt haben sollte, auf diesem Wege zum Ziele zu kommen, seine Hoffnung vergeblich gewesen ist. Vor allem dürften ihm die Ausführungen der Vertreter der freien Gewerkschaften keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß er auf sie unter keinen Umständen rechnen kann."

Wer nach Curtius kommt, was überhaupt kommt, kann man bei Abfassung dieser Zeilen nicht wissen. Unmöglich ist nichts, auch nicht die Auflösung des Reichstags und Neuwahlen! Die Gewerkschaften haben alle Veranlassung, sich auf jede Möglichkeit vorzubereiten, denn die Reichstagsarbeit im Jahre 1927 soll die allerwichtigsten Fragen für die Arbeitnehmerschaft auf lange Zeit hinaus regeln!

Höhere Löhne – größere Gewinne!

Alle Welt ist erstaunt über die „überraschend schnelle Erholung" der deutschen Wirtschaft. Man spricht im Ausland nicht nur von einem amerikanischen Wirtschaftswunder, sondern oft noch mit mehr Anerkennung von einem deutschen Wirtschaftswunder. Man sieht natürlich dabei nur die produktionstechnische und kommerzielle Entwicklung und Entfaltung, d. h. die Modernisierung der Betriebe durch vollendete Rationalisierung und die daraus erwachsene und wiedererstarkte Konkurrenzfähigkeit Deutschlands. Die soziale Seite, die Lage und das Verhältnis der Werktätigen, insbesondere der Arbeiterschaft, bleibt dabei unberücksichtigt. Die Arbeiterschaft, die eigentlich Wirtschaftenden, die Werkenden, waren und sind in solcher Betrachtung für die bürgerliche Welt immer nur Objekt, nur ein Mittel, das man benutzt, um den beabsichtigten Zweck zu erreichen. Der beabsichtigte Zweck ist, hohe Rentabilität, hohen Profit zu erzielen.

Dieses Ziel zu erreichen ist der deutschen Wirtschaft, d. h. den deutschen Unternehmern, tatsächlich überraschend schnell und restlos geglückt, so daß man wirklich verstehen kann, wenn man jetzt schon scheel und voller Neid vom Ausland herüberblickt. Rein privatwirtschaftlich gesehen wäre also in Deutschland alles in Butter. Aber volkswirtschaftlich gewertet zeigt die Entwicklung doch ein ganz anderes Bild. Im gleichen Maße, wie die einzelnen Unternehmen ihren Besitzern steten Aufstieg brachten, war für die Gesamtheit ein Abstieg festzustellen. Der Aufstieg der deutschen Wirtschaft und ihre „überraschend schnelle Erholung" kann also in Wirklichkeit nur für die deutschen Unternehmer Geltung haben. In einer direkte Feindschaft atmenden Weise haben letztere es verstanden, alle Vorteile aus der verbesserten Betriebsgestaltung und -rentabilität für sich auszunutzen und der Arbeiter- und Konsumentenschaft fernzuhalten. Diese Tatsache wird, wenn auch in abgeschwächter Form, auch im Nachstehenden bestätigt. Vor kurzem hat der Reparationsagent Gilbert Parker seinen Bericht über den Stand der Reparationsleistungen veröffentlicht und gibt darin auf 137 Seiten eine umfassende Uebersicht über die deutsche Wirtschaftslage. Nachdem er über die Rationalisierung der Produktion im vergangenen Jahre und die Steigerung des Nutzeffekts der Produktion eingehend unterrichtet, kommt der Reparationsagent zu folgendem Schluß:

> „Diese Politik der Rationalisierung und der Befestigung der Industrie hat kaum Veränderungen des Preis- und Lohnniveaus herbeigeführt. An einigen Stellen wurden zwar etwas höhere Löhne gezahlt und niedrigere Preise für Fertigfabrikate verlangt. Diese Fälle waren aber verhältnismäßig selten. Die Leiter der Industrie sind offenkundig auf Grund ihrer Ueberzeugung vorgegangen, daß es wünschenswerter ist, zuerst die Schulden der Unternehmungen zu bezahlen und das Betriebskapital zu vermehren."

Mit diesen Worten eines Mannes, den man nicht gerade als Ignoranten wird bezeichnen können in bezug auf die deutsche Wirtschaftsrentabilität, ist die Tatsache bekundet, daß die deutschen Unternehmer auf dem Rücken der Arbeiter und der Verbraucher große Gewinne und Profite erzielen konnten. Das Ziel war: Vermehrung des Betriebskapitals. Die Unternehmer selbst entschuldigen diese Tatsache, die sie ja nicht leugnen, damit, daß sie erst dadurch die Möglichkeit erhalten würden, einer Verbreiterung der gesamten Produktionsbasis die Wege zu ebnen. An sich wollen wir das einmal gelten lassen und nur hören, was der Reparationsagent dazu zu sagen hat. Er schreibt:

> „Für den Augenblick war dies vielleicht eine richtige Geschäftspolitik. Wir müssen aber annehmen, daß die deutschen Unternehmer für die Zukunft die Bedeutung der höheren Löhne und der damit verbundenen Ausdehnung des inländischen Absatzmarktes als Mittel zur Ermäßigung der Produktionskosten und letzten Endes auch zur Erzielung größerer Gewinne erfassen werden."

Wir sind neugierig, ob die deutschen Unternehmer ebenfalls zu dieser Einsicht kommen werden, die Parker Gilbert ja in seiner Heimat sich im praktischen Anschauungsunterricht erworben hat. Aber wir glauben jetzt schon sagen zu können, daß man bei uns nur überlegen über solch „landfremdes Geschwafel mit versteckter Hinterlist" die Achsel zucken wird. Auch für uns im Bergbau trifft dieses zu. Wir müssen uns also für die Zukunft genau wie bisher ganz auf unsere eigene Kraft verlassen. Der Kampf um den Anteil am Sozialprodukt, am Produktionsertrag, d. h. letzten Endes um höhere Löhne, wird sicher in Zukunft noch mehr im Vordergrund stehen wie in der Vergangenheit. Wo aber gekämpft werden soll, müssen Kämpfer sein. Diese zu sammeln ist Aufgabe aller Kameraden. Unablässig müssen alle werben, bis der Höchststand der Organisation und der Mitgliederzahl wieder erreicht ist. Der einzelne ist nichts, vereint sind wir alles!

Mit der Führung vorwärts!

Wir haben in den letzten Nummern unseres Organs Rückblick gehalten über das verflossene Jahr. Als Resultat hat sich dabei ergeben, daß sowohl in der Politik wie auch in der Wirtschaft eine Vorwärtsentwicklung eingetreten ist. Eine Vorwärtsentwicklung eingetreten, soll heißen, daß bis zum Jahresende eine bemerkbare Entspannung im Gesamtverhältnis von Politik und Wirtschaft sich entwickelt hatte. Das gilt jedoch nur insoweit, als endlich die Möglichkeit zu bestehen scheint, daß wir allmählich in ein festeres Wirtschaftsverhältnis hineinkommen. Möglichkeiten aber sind noch oft sehr weit entfernt von Wirklichkeiten. Auf dieses letztere aber kommt es an. Wie aber werden wir diese Wirklichkeit eines festen, auch für die Arbeiter vorteilhaften Wirtschaftsverhältnisses erreichen können? Die Meinungen hierüber sind geteilt. Die Unternehmer sehen den Ausweg sehr einfach. Ihr Hexensprüchlein heißt: Mehrarbeit! Uebersetzt und als Betriebsparole erscheint dieses Wort dann als Mehrausbeutung. Diese Mehrausbeutung wird unterschiedslos, wie es gerade am vorteilhaftesten und am zweckmäßigsten erscheint, wobei die Zweckmäßigkeit nur an der Rentabilität geprüft wird, sowohl auf die Arbeiter selbst, wie auch auf die Betriebstechnik angewandt. Auf die Betriebstechnik und Betriebsorganisation angewandt, ist diese Mehrausbeutung bekannt unter dem Namen Rationalisierung. Soweit eine Mehrausbeutung des Betriebes durch Rationalisierung, also durch verbesserte Maschinenarbeit und durch Mehranwendung von Maschinenarbeit, weiter durch eine bessere Betriebsorganisation = bessere Zusammenwirkung des Betriebes, erfolgt, mag es gut sein. Wo aber diese Mehrausbeutung des Betriebes gleichzeitig eine Mehrausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, also der Arbeiter selbst, bedeutet, dort scheiden sich die Anschauungen der organisierten Arbeiter über die Verwirklichung eines festen Wirtschaftsverhältnisses von den Anschauungen der Unternehmer.

Unser Standpunkt gegenüber der Rationalisierung ist bekannt. Ebenso haben wir schon öfter Stellung genommen zu der Methode, wie man bei uns Rationalisierung pflegt, so daß wir heute auch darauf nicht einzugehen brauchen. Eine andere Frage aber bleibt hier offen, wie wir als Arbeiter gegen diese heutige Methode der Rationalisierung ankämpfen können sowohl zum Schutze der Arbeiterschaft selbst, wie auch zum Vorteile der gesamten Wirtschaft. Die Unternehmer halten ihre heutige Methode zur Rationalisierung für richtig, weil sie ihnen als Privatunternehmer geschäftlichen Vorteil, also Profit einbringt. Wir aber sehen nur dort einen Nutzen, wo sich ein sichtbarer Vorteil zeigt für die gesamte Volkswirtschaft und damit in erster Linie für die Arbeiterklasse insgesamt. Nur wenn dieses letztere möglich und auch erreicht ist, nur dann werden wir gesunde und feste Wirtschaftsverhältnisse verzeichnen.

Dieses zu erreichen kann aber nur Aufgabe und Werk der Arbeiter selbst sein. Solange die Arbeiterschaft mit ihrer Lage zufrieden ist, wird kein Mensch eine Ursache sehen, an einer Verbesserung oder Hebung dieser ihrer Lage zu arbeiten. Wie soll nun die Oeffentlichkeit wissen und erfahren, was die Arbeiterklasse in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht will? Wie soll es der Welt bewußt werden, daß die Leiden der Arbeiterschaft stets wachsen, statt sich zu mindern? Es handelt sich nämlich hier nicht um die Not und die Leiden „dieses" oder „jenes" Arbeiters, als Einzelner, sondern um Not und Leiden einer ganzen Klasse. Eine Klasse aber, die sich aus vielen, vielen Einzelnen zusammensetzt, kann nur als organisiertes Ganzes zu einem handelnden Faktor und zu einem Leben tragenden Körper werden. Deshalb muß die oberste Parole immer wieder bleiben: Stärkt die Organisation!

Stärkt die Organisation, heißt aber nicht nur Mitglieder werben, obwohl dieses oberste Pflicht aller organisierten Kameraden sein und bleiben muß. Vor allem aber muß auch die Schlagkraft der Organisation in ihrem jeweiligen Bestande und die Achtung der Gegner vor der Organisation zu erhalten gesucht werden. Nichts ist hierfür geeigneter als die Erhaltung und die Pflege des Vertrauens der Mitglieder in die Organisationsführung. Allen gegenteiligen Versuchen und allem entgegengesetzten Wirken muß jederzeit energisch entgegengetreten werden. Gerade die Verdächtigung und Beschimpfung der Organisationsleitung und -führer ist das wirksamste Mittel, um die Organisation als solche zu schädigen und damit die Unternehmer zu stärken. Diese Tatsache muß doch all denen, die sich das Beschimpfen und Verleumden gegenüber der Verbandsleitung zur Hauptaufgabe machen, bekannt sein. Ist es ihnen bekannt und sie machen es trotzdem, dann sind es gewissenlose Hetzer zu ihrem persönlichen Vergnügen oder aber verantwortungslose Egoisten, die heimlich sich selbst nach einer Führerstellung sehnen. Ist ihnen aber obige Tatsache nicht bekannt, d. h. kommt sie ihnen nicht zum Bewußtsein, dann sind es so harmlose Wichte, daß sie eigentlich nur Mitleid verdienen. Das alles aber hilft über die Tatsache selbst nicht hinweg, daß heute diese organisationsschädigende Arbeit tatsächlich getrieben wird.

In vielen Zahlstellen hat mit dem neuen Jahre die Ortsverwaltung die Personen gewechselt. Mögen gerade die Träger dieser wichtigen Funktion, die Ortsgruppen zu leiten, sich für die kommenden Monate ihrer Pflicht der Organisation gegenüber doppelt bewußt bleiben. Die Ortsgruppe selbst wird immer das Abbild der Ortsverwaltung sein. Wo letztere treu und selbstlos zur Organisation steht und nur in enger Zusammenarbeit mit den Verbandsinstanzen, ob Vorstand, Bezirkskommissionen, Geschäftsstellen usw., ihre Verbandspolitik pflegen, wird immer ersprießliche Arbeit erzielt werden. Wo aber Anschluß gehalten und gepflegt wird mit verbandsfremden Stellen, die mit Phrasenschwall und Kampfgeschrei hausieren gehen, ohne auch nur die geringste Verantwortung tragen zu müssen, da muß es rückwärts gehen. Wir dürfen in Zukunft nicht auseinanderstreben und nach jeder Schönrederei hören. Nur auf uns selbst vertrauend, können wir vorwärts kommen. Alles muß darauf eingestellt werden, daß die Organisation nach außen, vom einzelnen Mitglied bis zur höchsten Verbandsinstanz, vereint erscheint.

Vereint sein heißt einig sein. Einig aber sind wir nur, wenn wir einen Willen und ein Ziel nach außen bekunden. Dieses zu verwirklichen ist nur dann möglich, wenn alle Mitglieder das Wollen und die Politik des Verbandes selbst zu ihrem eigenen Wollen, zu ihrer eigenen Politik machen. Was ist denn nun das Wollen und die Politik des Verbandes? Es ist selbstverständlich, daß wir darunter nicht den Willen und die Auffassung des einzelnen Mitglieds verstehen können. Es gibt eben keine zwei Menschen, deren Anschauung völlig die gleiche ist. Wo zwei Menschen dasselbe Ziel erstreben, an demselben Werke bauen, da ist eine Verständigung in gemeinsamer Beratung notwendig, andernfalls, selbst bei ihrem besten Willen, nur ein Stückwerk von ihnen geschaffen wird.

Wie viel mehr aber trifft dieses zu auf das Schaffen und Wirken einer Organisation! Auch hier kann nur auf Grund von Verständigung der Mitglieder auf einer Handlungsbasis erfolgreich gearbeitet werden. Diese Verständigung erfolgt nach einem bestimmten System, das im Statut festgelegt ist. Ihren Ausdruck findet diese Verständigung in den Beschlüssen der Funktionär- und Delegiertenkonferenzen. Sind dort Beschlüsse zustande gekommen, die nach dem Statut für die Mitglieder bindend sind, dann hat jedes einzelne Mitglied seine persönliche Meinung zurückzustellen, wo es zu handeln gilt. Es darf dann nur ein Handeln geben im Sinne der statutarischen Beschlüsse. Das gilt natürlich nicht nur für die Mitglieder als solche, sondern in gleichem Maße und vielleicht noch viel stärker für die Führung.

In Wirklichkeit also ist die Führung nur eine Ausführung der Verbandsbeschlüsse. Die Politik der Führer ist dann die Auswirkung jener Beschlüsse. Solange man der Führung nicht nachweisen kann, daß sie gegen die statutarischen Beschlüsse ihre Politik macht, solange ist der Kampf gegen die Führung ein Kampf gegen die Gesamtorganisation. Es ist selbstverständlich, daß es unter den Mitgliedern immer einen Meinungsstreit über das Richtige dieses oder jenes Beschlusses geben wird. Dieser Meinungsstreit aber darf nur innerhalb der Mitgliedschaft selbst ausgetragen werden. Wer diesen Streit über den Kreis der Mitglieder hinaus trägt, in öffentliche Versammlungen, Belegschaftsversammlungen oder gar in die öffentliche Presse, der stellt sich offenkundig an die Seite der offiziellen Verbandsgegner, weil sein Handeln und sein Kampf sich so in gar nichts von dem Kampf der offiziellen Gegner unterscheidet. Daß die Betreffenden bei ihrem Treiben betonen, ihr Kampf gelte nur einer Stärkung des Verbandes, ist ebenso lächerlich-heuchlerisch wie die Ausrede des gefangenen Marders im Hühnerstall, der, als ihn der Bauer totschlagen wollte, weil er ihm die Hühner totgebissen, sich glaubte retten zu können mit dem flehentlichen Rufe: Es ging ja nicht wegen den Hühnern, es ging ja bloß wegen der Eier!

Wem es also wirklich ernst ist mit aufbauender Arbeit in und für die Organisation, der darf in der kommenden Zeit nur die eine Parole kennen: Mit der Führung vorwärts!

Verkürzt die Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau!

Am 10. Januar fanden auf Einladung des Reichsarbeitsministers Verhandlungen zwischen den am mitteldeutschen Braunkohlentarif beteiligten beiderseitigen Organisationen statt zwecks Bildung des Ausschusses, der nach dem Vorschlag A des am 23. Dezember 1926 gefällten Schiedsspruches Mittel und Wege prüfen soll zu einer Verkürzung der Arbeitszeit. Der Vorschlag A des Schiedsspruches, welcher sich nur mit der Bildung dieses Ausschusses befaßte, war bekanntlich vom Reichsarbeitsminister nicht für verbindlich erklärt worden. Deshalb mußte die jetzige Tätigkeit des Ministeriums darauf gerichtet sein, unter den Tarifparteien über diese Frage eine Verständigung herbeizuführen.

Für die Gewerkschaften war es selbstverständlich, daß sie nach der erfolgten Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches in der Arbeitszeitfrage (Vorschlag B) darauf bestanden, jetzt aber auch den Vorschlag A zur Durchführung zu bringen. Nach der erfolgten Vereinbarung am Abend des 10. Januar wird der Vorsitzende des Ausschusses vom Reichsarbeitsministerium ernannt. Das ist bereits geschehen in der Person des Herrn Dr. Sušat. Als Beisitzer sind benannt die Herren Prof. Dr.-ing. Spackeler in Breslau und Prof. Brauer in Karlsruhe. Dieser Ausschuß wird ergänzt durch je ein sachverständiges Mitglied der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Gewerkschaften haben dazu bereits unseren Kameraden Albin Undeutsch (Merseburg) benannt.

Da selbst die Schlichterkammer die Verkürzung der Arbeitszeit aus sozialen Gründen für dringend wünschenswert hielt und nach unserer Meinung die Lage der Braunkohlenindustrie die Beseitigung der überlangen, seinerzeit nur „vorübergehend" erzwungenen Arbeitszeit durchaus erträgt, dürfte die Aufgabe der Kommission nicht allzu schwer sein. Sie soll Vorschläge zu der „aus sozialpolitischen Erwägungen dringend erwünschten" Verkürzung der Arbeitszeit machen. Sie kann das unseres Erachtens sehr rasch. Sie soll sich auch nicht darüber täuschen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit eine Notwendigkeit ist, von der die Braunkohlenarbeiter nicht ablassen können und werden. Ein kurzer Streik auf Elisabeth im Geiseltal war schon eine Warnung für das Unternehmertum. Die 500 Mann starke Belegschaft machte am Silvestertag um 12 Uhr Schicht statt um 4 Uhr. Ein Betriebsratsmitglied, das um 2 Uhr Schicht gemacht hatte, wurde entlassen. Als Antwort darauf trat die Belegschaft, die nur zu einem Drittel organisiert war, am 3. Januar in den Streik, der unter Mitwirkung des Verbandes bald beigelegt werden konnte. Niemand sollte sich darüber täuschen, daß die jetzigen Zustände im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau nicht lange mehr von den Arbeitern ertragen werden können.

* * *

Festsetzung der Lohntafel für die Kaliindustrie.

Auf Grund des Schiedsspruches vom 4. Dezember 1926 mußte eine Neufestsetzung der Lohntafel stattfinden. Der Tarifschichtlohn der Hauer wurde von 5,40 auf 5,60 Mk. gesetzt. Dazu kommen Hausstandsgeld 10 Pf., Kindergeld für jedes Kind 10 Pf. und ein Ausgleich für Kohlendeputate in Höhe von 18 Pf. Die Löhne der übrigen Arbeiterkategorien sind in der bisherigen Weise nach den Hauerlöhnen abgestuft. Die Lohntafeln können von unseren Bezirksleitungen in Hannover, Halle, München und Nordhausen bezogen werden.

Der Riß im Industrieturm.

Dr. Felix Pinner, einer der besten Kenner der deutschen Industriellen- und Wirtschaftspolitik, schrieb unter vorstehender Ueberschrift im „Berl. Tageblatt" vom 8. Januar einen Artikel, den wir nachstehend mit wenig Kürzungen wiedergeben, da er eine vorzügliche Illustration der Situation im Unternehmerlager darstellen dürfte. Die Red.

Als Silverberg auf der Dresdener Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie seine große Rede hielt, in der er die Forderung aufstellte, daß der deutsche Unternehmer sich mit dem neuen Staate versöhnen und in Konsequenz davon auch politisch mit der Sozialdemokratie, die nun einmal den größten Teil der deutschen Arbeiterschaft vertrete, zusammenarbeiten müsse, hatte man den Eindruck, als ob der Unternehmer mit Applomb eine, vielleicht die dickste jener Häute von sich werfe, die er noch aus der Zeit der alten sturen Zentralverbandspolitik von Kirdorfs und Buecks Gnaden an sich hatte. Aber es zeigte sich bald, daß in dieser fortgeworfenen Haut nicht der ganze Reichsverband der deutschen Industrie, sondern nur eben Herr Silverberg gesteckt hatte. Gewiß war Silverbergs Rede nicht die eines Einspänners gewesen. Man hatte ihn zwar nicht vorgeschickt, um der „Freiheit eine Gasse zu bahnen", aber man hatte ihn, der selbst vorgehen wollte, nicht daran gehindert, weil man dabei zu erkunden beabsichtigte, wie die Dinge nicht nur auf der Gegenseite, sondern wie sie auch im eigenen Lager stünden. So kam es, daß Silverberg vom Präsidium des Reichsverbandes zwar ohne ausgesprochenes Mandat, aber auch ohne ausdrücklichen Gegenvorhalt auf die Tribüne gelassen wurde... Von einigen Seiten kam ehrliche Zustimmung, von anderen Seiten nur laue Zustimmung, und aus der schwerindustriellen Ecke murrte nach anfänglichem, etwas betretenen Schweigen halblauter, aber darum nicht weniger zielbewußter Widerspruch hervor.

Vielleicht hätte die unentschieden hin und her schwankende Wage sich doch schließlich auf die Seite Silverbergs geneigt, wenn die Krise in Deutschland ihren Fortgang genommen, und die Unternehmerschaft weicher, einem Ausgleichsfrieden mit der Arbeiterschaft geneigter gemacht hätte. Aber es kam der englische Streik, der die Position gerade der schwerindustriellen Ecke außerordentlich festigte, dessen Verlauf und Ausgang sich die Herren von Kohle und Eisen aber nicht nur in geschäftlicher Hinsicht so herzerquickend gestalteten, sondern auch in sozialpolitischer. Hatte er doch mit einem vollen Siege der englischen Grubenbesitzer geendet und den Beweis geliefert, daß es auch drüben im klassischen Lande der „Trade Unions" trotz der internationalen Sanktionierung des achtstündigen Arbeitstages durch den Versailler Vertrag noch Unternehmer gab, die einen großen Arbeitskampf durch Verlängerung der Arbeitszeit und Verkürzung der Löhne beendigen konnten. Dieses Beispiel mußte auch in Deutschland, mußte besonders in der schwerindustriellen Ecke rückenstärkend wirken. Silverberg, der Pionier, wurde im Stich gelassen, sollte nach Möglichkeit zurückgepfiffen werden, und statt der großen Koalition, die er vorbereiten wollte, suchte der Haupttrupp der Industrie jetzt wieder einmal den Anschluß nach rechts. Der Führer der Deutschen Volkspartei, Herr Scholz, erklärte zu derselben Zeit, in der der volksparteiliche Führer Stresemann im Südwesten die Außenpolitik der stillen „großen Koalition" ein entscheidendes Stück vorwärts schob, im Nordosten, daß man mit den Sozialdemokraten das Arbeitszeitgesetz unmöglich machen könne, und daß infolgedessen die große Koalition doch nicht von Dauer sein würde. Also dieselbe Situation, die schon einmal — nach der Annahme des Dawes-Planes — dagewesen war! Die Mittelparteien mit Hilfe der Sozialdemokraten hatten ihn angenommen, die Deutschnationalen hatten sich vor der offenen Verantwortung gedrückt. Dann aber, als es sich darum handelte, die Schutzzölle unter Dach und Fach zu bringen, schiffte die Deutsche Volkspartei die Sozialdemokraten aus der Regierungskoalition aus und ließ die Deutschnationalen dafür in sie hinein. Ist es damals geglückt, so wird es auch diesmal wieder glücken, argumentierte offenbar Herr Scholz. Für Locarno und Genf brauchte man die Sozialdemokraten. Das Arbeitszeitgesetz hingegen kann man nicht mit ihnen machen. Das muß ihnen diktiert werden.

Die feine Rechnung stimmte fast, aber sie stimmte doch nicht ganz. Der große Unterschied zwischen der damaligen Situation und der jetzigen besteht darin, daß das Zentrum sich damals in die Rechtskoalition hinüberziehen ließ, daß es aber heute diesem Zug nach rechts den stärksten Widerstand entgegensetzt. Der maßgebende Grund für diesen Unterschied liegt nicht in der Haltung derjenigen Zentrumskreise, die von jeher die demokratische Kerntruppe, das eigentliche politische Element innerhalb der Zentrumsfraktion gebildet hatten. Der Unterschied liegt vielmehr in der Haltung des rechten Zentrumsflügels, der im wesentlichen die dem Zentrum angehörigen großindustriellen Kreise und ihre Gefolgschaft umfaßt. Dieser rechte Flügel gravitierte vor zwei Jahren als die Rechtskoalition kam, ganz klar nach rechts. Er wollte mit der Rechten gemeinsam Unternehmerpolitik und Hochschutzzollpolitik machen, und es gelang ihm in der damaligen zweideutigen politischen Situation, das ganze Zentrum einschließlich seiner demokratischen Teile in die Rechtskoalition hinüberzuziehen. Heute ist die Lage innerhalb des Zentrums eine ganz andere. Die Fraktion ist geschlossen, ihr rechter industrieller Flügel zerrt sie nicht wie damals nach rechts. Der Riß geht diesmal nicht durch das Zentrum, sondern durch die Unternehmerschaft. Eine Einheitsfront der Arbeitgeber und Produzenten, die vor zwei Jahren die politischen Parteilinien überschnitt und sprengte, gibt es heute nicht mehr. Silverberg hat in Dresden doch nicht ganz umsonst gesprochen. Er und die Zentrumsindustrie ließen sich nicht mehr zurückpfeifen. Sie bestehen heute im offenen und klaren Gegensatz zu den unentwegten Unternehmerkreisen, die eine Koalition der Rechten zustande bringen wollen, um das Arbeitszeitgesetz zu diktieren und der die Industrie angeblich so unerträglich belastenden, ihr jedenfalls äußerst lästigen Sozialpolitik Einhalt zu gebieten.

Silverberg war der Bahnbrecher dieser industriellen Zentrumsopposition, die mit den Arbeitnehmern einen ehrlichen Ausgleich sucht. Ihr eigentlicher Mittelpunkt ist indes seit einigen Wochen Peter Klöckner, wohl die einflußreichste Persönlichkeit der industriellen Zentrumskreise. Klöckner ist kurz vor Weihnachten aus dem Vorstand der „Nordwestdeutschen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller", die zuerst Widerspruch gegen die Silverberg-Rede erhoben hatte, ausgetreten. Gleichzeitig hat er den „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen", den man mit ironischer Abkürzung „Langnam-Verein" nennt, den Rücken gekehrt. Als Grund für diesen aufsehenerregenden Austritt war zunächst die optimistische Konjunkturrede erklärt worden, die Kl. Ende November in der Generalversammlung der nach ihm benannten Gesellschaft gehalten, und die den heftigen Widerspruch der übrigen Kreise der Schwerindustrie hervorgerufen hatte. Generaldirektor Paul Reusch von der Gute-Hoffnungs-Hütte hatte in der Mitgliederversammlung der Nordwestdeutschen Gruppe in ganz besonders betonter Weise gegen den Optimismus des Generalversammlungsredners Peter Klöckner polemisiert, der seiner Behauptung nach von keinem anderen Eisenindustriellen geteilt würde. Ganz besonders hatte man es Klöckner übelgenommen, daß er seine günstige Konjunkturbeurteilung zu sehr verallgemeinert und die Ansicht ausgesprochen hatte, auch andere Industrien, ja sogar das ganze Wirtschaftsleben habe durch die von dem englischen Streik ausgelöste Konjunkturwelle anregende Impulse erhalten, und diese Impulse würden auch nach Beendigung des englischen Streiks längere Zeit hindurch wirksam bleiben. Derartige Aeußerungen über die zukünftige Konjunktur waren in der

Immer dieselbe Hetze.

Das „Ruhr-Echo" beschäftigt sich in Nr. 9 vom 12. Januar mit dem Artikel in Nr. 2 der „Bergarb.-Ztg.": „Kürzere Arbeitszeit — ein Gebot der Stunde". Gegen die Ausführungen des Artikels hat das Blatt nichts Besonderes zu sagen, es sucht nur nachzuweisen, daß er mit der Haltung des Verbandes und der sozialdemokratischen Bergarbeitervertreter in den Parlamenten im Widerspruch stehe. Im preußischen Landtag hätten die Sozialdemokraten nur ein Verbot der Ueberschichten durch Verordnung gefordert, soweit sie nicht für die Grubensicherheit, das Leben und die Gesundheit der Bergarbeiter erforderlich sind.

Dieser sozialdemokratische Antrag ist bekanntlich am 13. Dezember im Landtag mit großer Mehrheit angenommen worden, auch die Kommunisten haben dafür gestimmt. Der vorliegende kommunistische Antrag forderte kein Verbot der Ueberschichten, sondern Einführung von Schrämmaschinen und Kohlenschneidern nur dort, wo festes Gebirge die Sicherheit der Bergleute garantiere, ferner die Sechsstundenschicht überall dort, wo diese Abbaumethoden in Anwendung sind. Einen Antrag auf gesetzliches Verbot der Ueberschichten haben die Kommunisten im Dezember nach dem „Ruhr-Echo" deshalb nicht gestellt, weil ein solcher Antrag im Frühjahr 1926 schon einmal, auch von den Sozialdemokraten, abgelehnt worden sei. Der damalige Antrag wollte alle Ueber- und Nebenschichten, auch die im Interesse von Gesundheit und Leben der Bergarbeiter notwendigen, verboten wissen und wurde deshalb mit Recht abgelehnt.

Der Weg des gesetzlichen Verbots von Ueberschichten ist nicht einfach. Ein Gesetz kommt nach der ersten Lesung in den Ausschuß, dann zur zweiten und dritten Lesung in das Plenum. Das braucht nicht lange zu dauern, aber die Gegner eines Gesetzes haben viele Möglichkeiten, die Beratung zu verzögern. Mehrfache Lesungen im Ausschuß, Einsprüche des Staatsrats usw. können hier sehr verzögern. Durch Verordnung sind solche Maßnahmen rascher durchzusetzen. Vor dem letzten Landtagsbeschluß hat der Regierungsvertreter allerdings erklärt, die Regierung habe nicht die Absicht, ein völliges Verbot der Ueber- und Nebenschichten zu erlassen, soweit sie nicht zur Grubensicherheit und zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bergleute verfahren würden. Nach dem Landtagsbeschluß kann die Regierung sich ihm nicht widersetzen. Wenn sie jetzt noch zögert, wird es Aufgabe unserer Vertreter im Landtag sein, Dampf dahinter zu machen.

Der Hohn über den Verordnungsweg nimmt sich beim „Ruhr-Echo" übrigens sehr komisch aus, wenn man sieht, daß auf derselben Seite des Blattes Anträge des Betriebsrats von Gottfried Wilhelm an das Oberbergamt mitgeteilt werden, in denen unter anderem auch ein „Verbot sämtlicher Ueberschichten im Bergbau mit Ausnahme derjenigen bei Lebensgefahr usw." verlangt wird. Der Antrag ist vernünftig, da er nicht das Verbot jeder Ueberschicht verlangt. Weil er sich an das Oberbergamt wendet, will er auch das Verbot durch Verordnung, weil eine andere Möglichkeit für das Oberbergamt nicht besteht. Was also oben auf der Seite dem Verband als Sünde angerechnet wird, bezeichnet das „Ruhr-Echo" unten als verdienstliche Tat, wenn sie der Betriebsrat verübt!

In unserem Artikel war hingewiesen worden auf die Aeußerungen in der Unternehmerdenkschrift, daß Hauer über 45 Jahre nicht mehr für Arbeit in den Gruben taugten. Wir sagten dazu, daß bei der Beratung des Knappschaftsgesetzes die Unternehmervertreter aufs schärfste unsere Forderung bekämpft hätten, die Invalidisierungsgrenze auf 50 Jahre festzusetzen. Wenn die Unternehmer jetzt selbst feststellten, daß für den Hauer über 45 Jahre keine Arbeitsmöglichkeit in der Grube mehr vorhanden sei, dann müsse logischerweise der Bergmann mit 45 Jahren pensionsberechtigt sein.

Diese Bemerkung erscheint dem Kommunistenblatt ein gefundenes Fressen, denn die Sozialdemokraten haben doch im Reichstag einen kommunistischen Antrag abgelehnt, der eine Invalidisierungsgrenze von 45 Jahren forderte. Wir hatten in unserem Artikel aber nur gesagt, wenn die Unternehmer heute die Arbeitsmöglichkeit unter Tage für Hauer über 45 Jahre bestreiten, dann sei logischerweise die Folge, daß der Hauer mit 45 Jahren pensionsberechtigt sein müsse. Beim Knappschaftsgesetz war es nicht möglich, die 50-Jahrgrenze nach unseren Wünschen festzusetzen, wieviel weniger wäre es möglich gewesen, 45 Jahre durchzubringen, die allein im Bochumer Knappschaftsverein eine Mehrbelastung von Millionen im Jahr und eine dementsprechende Beitragsmehrleistung monatlich bedingt hätten? Auf den naheliegenden Gedanken, gegen die Unternehmerdenkschrift zu polemisieren, kommt das „Ruhr-Echo" natürlich nicht, seine Hauptaufgabe ist doch der Kampf gegen unseren Verband! Die Unternehmer haben natürlich nicht Recht mit ihrer Behauptung und haben das auch durch ihre Praxis bewiesen, indem sie Zehntausende von Invaliden, Leute von 60, 65 und mehr Jahren in den Gruben beschäftigten.

Im übrigen fordert der Artikel in der bekannten Weise Kampf für die Siebenstundenschicht und den Achtstundentag. Jetzt bezeichne die „Bergarb.-Ztg." die 8½-Stundenschicht in Oberschlesien als eine Schande, obwohl sie das auch Anfang 1926 hätte wissen müssen. Warum habe die Verbandsbureaukratie sich im Mai-Juni dem kommunistischen Verlangen nach dem Kampf um die Siebenstundenschicht nicht angeschlossen?

„Weil sie wußte, daß die deutschen und englischen Bergarbeiter im gemeinsamen Kampf mit Leichtigkeit die Siebenstundenschicht durchgesetzt hätten."

Ja, mit dem Maul setzen unsere Kommunisten alles durch! Wie es in Wirklichkeit gekommen wäre, hat Paul Levi richtig gekennzeichnet. Wir geben seine Ausführungen an anderer Stelle dieses Blattes wieder und bitten, sie aufmerksam zu lesen.

Es ist auch nicht wahr, daß 15 Kameraden aus dem Verband ausgeschlossen worden seien, weil sie in einer Belegschaftsversammlung eine Entschließung eingebracht hatten, in der vom Verband der Kampf um die Siebenstundenschicht verlangt worden sei. Wir haben in Nr. 3 zu diesen Ausschlüssen Stellung genommen. Wenn im Verband ein Kamerad oder eine Mitgliedschaft in sachlicher Form Kampfmaßnahmen fordert und begründet, so ist das sein oder ihr gutes Recht und wird nie geschmälert werden. Wer das aber als Verbandsmitglied außerhalb des Verbandes unter Schmähungen und Verleumdungen der Verbandsleitung tut, wer damit praktisch die Verbandsarbeit zerstört, wird auch in Zukunft ausgeschlossen werden, trotz des „Ruhr-Echo"-Geschreis. Seine systematischen Rufe nach Kampf gegen die Ueberschichten und für die Siebenstundenschicht werden besonders von unseren Kameraden richtig eingeschätzt werden, die seit Jahr und Tag viele, viele Parteigänger des „Ruhr-Echo" als die wildesten Ueberschichtenschieber kennen!

Eine väterliche Mahnung.

Vor uns liegt die erste Beilage der „Leipziger Volkszeitung" vom 5. Januar d. J. Wir finden in ihren Spalten einen Artikel: „Drohender Kohlenkrieg", der mit H. T. (Heinrich Teuber) gezeichnet ist. Auf den eigentlichen Inhalt des Artikels einzugehen wollen wir uns ersparen, teils aus taktischen Gründen, teils aus Höflichkeit. Der Artikel würde uns auch überhaupt nicht interessieren, wenn der Verfasser sich im letzten Absatz nicht als Schulmeister der deutschen Bergarbeiter aufspielte. Uebrigens eine Rolle, die derselbe schon längere Zeit zu üben pflegt und wofür er auch immer wieder Leute findet, die ihm hierfür die verlangte Gage zahlen. Es ist oft erstaunlich, wie leicht es bei einzelnen Redaktionen ist, Mitarbeiter zu sein.

H. T. läßt genannten Artikel ausklingen mit der Mahnung eines Mitarbeiters der „Berliner Börsen-Zeitung" an den deutschen Bergbau, gegenüber dem englischen Bergbau auf der Hut zu sein, um dann hinzuzufügen:

„Dieselbe Mahnung muß an die deutschen Bergarbeiter gerichtet werden, auf der Hut zu sein vor ihren eigenen Unternehmern. **In den letzten acht Monaten waren sie es leider nicht — sie hätten zumindest eine wirkliche Anpassung der deutschen Schichtzeit an die englische erreichen können, wenn sie nicht geschlafen hätten.** Nur weil sie trotz aller üblen Erfahrungen die Gemeinschaft mit ihren nationalen Ausbeutern höher stellten als die Gemeinschaft mit ihren internationalen Klassengenossen, ließen sie die günstige Gelegenheit des englischen Grubenkriegs ungenutzt. Raffen sie sich nicht endlich auf, dann wird, genau wie der Weltkrieg auch, der Kampf zwischen dem deutschen und englischen Grubenkapital um den höchsten Profit auf dem Buckel der deutschen Bergarbeiter ausgefochten werden."

Man merkt diesem Schlußsatze an, daß er um die Weihnachtszeit entstanden ist, in der der Verfasser sich wohl in der Stimmung befand: Alles schläft, einsam wacht — — — nur Herr H. T.! Es gibt Tragödien, um die mehr gelacht wird wie um manches Lustspiel. Man stelle sich die Situation vor, wie sie hier gewichtig-überlegen dargestellt wird: In den letzten acht Monaten — — — hätten sie zumindest (die deutschen Bergarbeiter) — — — **wenn sie nicht geschlafen hätten.**

Wir überlassen Herrn H. T. und seine lächerliche Ueberheblichkeit dem Urteile der Bergarbeiter selbst. Sie sind eben für ihn unentbehrlich, diese kommunistischen Phrasen, ohne die er jedenfalls nichts eigenes zu sagen hätte, und etwas muß es doch sein, um sich ein Honorar zu verdienen. Manchmal zwar wird es ja seinen eigenen Brotgebern zu dumm. Gerade bezüglich dieser vorzitierten Weisheit des Herrn H. T., daß die deutschen Bergarbeiter den englischen Streik gleichfalls zu einem Kampfe hätten ausnutzen müssen, fühlt sich nun Paul Levi in „Sozialistische Politik und Wirtschaft", wo auch Herr H. T. öfter seine Weisheit kundzugeben beliebt, bemüßigt diesem folgende mahnende Worte zu schreiben:

„Zweitens. Die Frage der internationalen Solidarität der Bergarbeiter. Genosse Teuber hat in einer früheren Nummer (SPW. 51) diese Frage aufgeworfen und keiner ist, der ihm darin nicht recht gibt: die idealen Forderungen waren internationale Sympathiekundgebungen, von der Verweigerung der Arbeit für englische Importkohle bis zum Sympathiestreik. So sehr aber solche Forderungen und Parolen unseren Idealen entsprochen haben, so wenig kann ich mich davon überzeugen, daß etwa im Mai 1926, aber auch später die Möglichkeit gewesen sei, solche Parolen mit auch nur einiger Aussicht auf Erfolg auszugeben. Man muß doch die Lage vom Anfang 1926 bedenken. Die deutsche Arbeiterschaft bestand zum großen Teil aus Arbeitslosen und Kurzarbeitern: die, die arbeiteten, zitterten vor dem Tage, an dem auch an sie das harte Schicksal herantreten würde. Was würde die Folge einer jener Parolen gewesen sein? Die wahrscheinlichste die, daß die übergroße Mehrzahl einfach der Parole nicht gefolgt, sondern in Arbeit geblieben sein würde: die Gewerkschaft hätte ohne jeden Nutzen die tiefste Verwirrung in ihre Reihen gebracht. Oder: ganz oder zum Teil würden die Organisierten der Parole gefolgt sein, dann wären die Arbeitslosen in die Stellen gerückt. Ich kann mich nicht davon überzeugen, daß unter beiden, den Arbeitenden wie den Arbeitslosen, das internationale Solidaritätsgefühl stark genug gewesen sei, um zu einer ernstlichen Produktionsstockung in Deutschland zu führen, die übrigens die Unternehmer gar nicht gefürchtet hätten: sie würden eben ihre Halden nach England ausverkauft haben. Was bedeutet das alles? Das internationale Solidaritätsgefühl ist kein in der Arbeiterschaft konstant vorhandener Faktor wie etwa der Gehorsam beim Militär, sondern ein Faktor, der in seiner Stärke von politischen und anderen Faktoren abhängig ist. Eine der schmerzlichsten Folgen der konterrevolutionären Welle, die über die ganze Welt geht, ist gewiß dieser Verfall des Solidaritätsgefühls, aber sein Wiederaufbau geschieht nicht mit Ausgabe einer Parole: es wird wachsen in dem Maße, in dem die Arbeiterschaft wieder an Kraft, an Vertrauen, an Sicherhei tim eigenen Kampf gewinnt. Wir sind gewiß dafür gewesen, am 1. August 1914 die Gewehre umzudrehen gegen die eigenen Offiziere. Hat einer die Parole ausgegeben? Nein, weil wir alle wußten, daß das nicht der Anfang, sondern das Ende sein könne, wie es ja kam. Mag sein, daß im Rahmen der gewerkschaftlichen Internationale noch viel zu tun ist, um ideologisch ein solches Ende so — aufs Gewerkschaftliche übertragen — vorzubereiten. 1926 aber war noch kein Jahr, wo dieses Ende auch nur zu erhoffen war. Das ist schmerzlich und mag tief beschämend sein — zu ändern aber ist die Tatsache nur, wenn man sie erkennt."

Sei still lieber Vater,
Es schläft dein Sohn. — —
Acht Monde hat er gewacht,
Derweil die andern in Müßiggang
Und Nichtstun die Zeit verbracht.

Endlich Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Es war immer eine der vornehmsten Aufgaben der freien Gewerkschaftsbewegung sowie der Sozialdemokratischen Partei, den Kampf zu führen für gesetzlichen Schutz der Arbeitslosen. Während bis zum Weltkriege die diesbezüglichen Bemühungen wenig Beachtung und Erfolg erzielten, insbesondere bei behördlichen und staatlichen Verwaltungs- und Regierungsstellen, war man nach dem Kriege infolge des Wachstums der Arbeiterbewegung gezwungen, dieser Frage mehr Aufmerksamkeit zu widmen und die Arbeitslosen schließlich in staatliche Betreuung zu übernehmen. Es waren insbesondere die freien Gewerkschaften, die diese Nachkriegsentwicklung ausnutzten, um den Arbeitslosenschutz in eine gesetzliche Versicherung umwandeln zu können.

Endlich scheinen diese unermüdliche Bemühungen von Erfolg gekrönt zu werden. Der Reichstag wird nämlich bei seinem Wiederzusammentritt endlich den Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung zur Beratung und Verabschiedung vorfinden. Schon im November hatte der Reichsfinanzminister eine so rasche Verabschiedung dieses Gesetzes verlangt, daß es bis zum 1. April in Kraft treten könne. Ob das möglich sein wird, ist zweifelhaft, da die Reichsregierung ein rechtzeitiges Einbringen des Gesetzes versäumt hat.

Die Gesetzesvorlage enthält noch viele wichtige, die Wünsche und Notwendigkeiten der freien Gewerkschaften und der Arbeitslosen nicht befriedigende Bestimmungen. Die Verhandlungen im Reichstag müssen hier die notwendigen Verbesserungen bringen. Wir werden zu gegebener Zeit berichten, inwieweit sich hier Erfolge ergeben.

Mit diesem Gesetz wird eine bedeutsame Etappe freigewerkschaftlicher Kämpfe um gesetzlichen Arbeitslosenschutz abschließen. Die Wirtschaftsgesellschaft erkennt damit ihre moralische und materielle Verpflichtung gegenüber der proletarischen „Reservearmee" an. Damit ist der proletarische Klassenkampf wieder ein gutes Stück in die gegnerische Front vorgedrungen. Hier gilt es nun, guten Stellungsausbau zu erzielen. Rein politisch gesehen soll dieses Gesetz vorerst verwirklichen, was in Artikel 163 der Reichsverfassung steht:

„Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt."

Wir wollen sehen, ob die kommenden Reichstagsverhandlungen den Regierungsentwurf in diesem Sinne umzugestalten vermögen.

Mitgliederversammlung der Nordwestdeutschen Gruppe bemerkenswerterweise „als ein grundsätzlicher Fehler" bezeichnet worden. Schon damals fiel die schroffe und unkollegiale Form auf, in der die herrschende Gruppe der Schwerindustrie Klöckner entgegengetreten war. Als nun gar Peter Klöckner nach Verlauf eines Monats — und zweifellos nach gescheiterten Ausgleichsverhandlungen — aus den beiden Verbänden austrat, wurde ersichtlich, daß es sich bei den Differenzen zwischen ihm und den übrigen Schwerindustriellen nicht nur um akademische Meinungsverschiedenheiten über Konjunkturbeurteilungsfragen gehandelt haben konnte, sondern daß noch etwas anderes, und zwar viel Schwerwiegenderes dahinter stand. Es verlautete denn auch, daß Klöckner zu den sozialpolitischen Fragen anders stehe als seine schwerindustriellen Kollegen, aber es wäre vielleicht verfehlt, die Gegensätze, die sich im Lager der Schwerindustrie herausgebildet haben, auf irgendeine zu einfache und zu einheitliche Formel zu bringen, etwa zu sagen, daß der Bruch erfolgt sei, weil Klöckner etwa speziell in der Frage des Arbeitszeitgesetzes eine tolerantere Stellung einnimmt als die Herren der Nordwestdeutschen Gruppe und des Langnam-Vereins. Die Gegensätze liegen viel tiefer. Sie haben sich auf der ganzen Fläche der wirtschafts- und sozialpolitischen Anschauungen entzündet, und sie greifen auch auf das politische Gebiet über. Die schwerindustrielle Hauptgruppe macht aus ihrer Abneigung gegen die Silverberg-Aktion und das Silverberg-Programm schon lange kein Hehl mehr. Die Zentrumsgruppe wiederum ist erbittert darüber, daß der ehrlich gemeinte Silverbergsche Ausgleichsversuch durch die Kreise um Reusch und Vögler zum Scheitern gebracht worden ist, und aus dieser gegenseitigen Verstimmung haben sich dann die Scheidungen ergeben, die jetzt in der wirtschaftspolitischen wie in der politischen Situation offen hervorgetreten sind. Die nur nach außen hin plump erscheinende, aber in Wirklichkeit wahrscheinlich wohl überlegte Königsberger Eskapade des Herrn Scholz hat die Situation ausreichend geklärt. Die Großindustrie und vor allem die Schwerindustrie hat von der Sozialpolitik genug. Sie will in dieser Beziehung eher abbauen als aufbauen. Das Arbeitszeitgesetz will sie nach ihren Wünschen gestalten, das heißt so, daß der grundsätzlich in Deutschland noch immer geltende Achtstundentag, der in den Jahren der Krise auf Drängen der Arbeitgeber mit allerlei Anhängseln versehen und in Wirklichkeit zum Neun- oder selbst Zehnstundentag gemacht wurde, nicht wie die Arbeiterparteien dies wünschen, im wesentlichen wiederhergestellt wird, sondern daß die schon jetzt praktisch üblich gewordenen, aber immerhin als Ausnahme gekennzeichneten Ueberschreitungen der gesetzlichen Arbeitszeit verewigt, zur Regel erklärt und nach Möglichkeit noch erweitert werden.

Auch sonst geht die Tendenz der Großindustrie dahin, sich wie überhaupt das ganze Wirtschaftsleben als überlastet hinzustellen, und demzufolge Forderungen aufzustellen, die auf die dringend notwendige Entlastung der Wirtschaft von steuerpolitischen, sozialpolitischen und reparationspolitischen Aufwendungen hinzielen. Manche von diesen Forderungen sind zweifellos berechtigt. Der Aufbau und die Apparatur unserer staatlichen und wirtschaftlichen Organisation sind in vieler Hinsicht überdimensioniert, verbesserungs- und reinigungsbedürftig, aber gerade in der Zeit, in der die Rechtskoalition bei uns herrschte, ist zur Entlastung und Reinigung unseres organisatorischen Apparates am wenigsten geschehen. Man hat keine produktive Entlastungspolitik betrieben (eher das Gegenteil), sondern man hat sich damit begnügt, die Lasten möglichst den Kreisen des Unternehmertums abzunehmen und sie auf andere Kreise abzuwälzen. Das würde man wahrscheinlich auch jetzt wieder zu tun versuchen, wenn die Bildung einer Rechtskoalition gelänge, wenn die Arbeiterschaft und die breiten konsumierenden Massen von der Regelung der Lastenfrage ausgeschaltet und zu Objekten einer Wirtschafts- und Sozialpolitik gemacht würden, die die Rechtskreise diktieren. Will man aber eine solche Politik treiben, deren erstes Gesetz sein müßte, die überlastete Industrie möglichst von allen Bürden zu befreien, so kann man freilich keinen Konjunkturoptimismus brauchen. Wenn ein Unternehmer wie Herr Klöckner die Ansicht ausspricht, daß die wirtschaftliche Besserung sich voraussichtlich über die Zeit des englischen Kohlenstreits ausdehnen, und daß sie über die zunächst beteiligten Industrien hinaus auch die Allgemeinwirtschaft befruchten werde, so kann das nicht geduldet werden. Das heißt, Herr Klöckner kann natürlich glauben, was er will, er kann in seinen geschäftlichen Dispositionen auch danach handeln, aber er darf nicht auf den offenen Markt hintreten und der großen Masse verkünden, daß die Geschäfte gut gingen, voraussichtlich noch weiter gut gehen würden, und daß die Industrie trotz der überschweren Lasten, an denen sie angeblich zugrunde gehe, recht ansehnliche Gewinne zu erzielen vermöge. Sieht man die Zusammenhänge in dieser Art, so wird einem manches klar, was zunächst schwer verständlich erscheint. Es wird einem klar, warum Herr Klöckner aus der Nordwestdeutschen Gruppe und dem Langnam-Verein ausgeschieden ist. Es wird vor allem klar, warum diesmal das Zentrum unter Einschluß seines schwerindustriellen Flügels und unter Einschluß des sonst so stark nach rechts neigenden Herrn Stegerwald von einer Koalition mit den Deutschnationalen und mit der Deutschen Volkspartei nichts wissen will.

Ob freilich die Gegensätze sich so scharf zugespitzt haben würden, wenn Klöckner nicht zufällig im November seine zunächst kaum wirtschafts- und sozialprogrammatisch gemeinte Konjunkturrede gehalten hätte, ob nicht das bekanntlich recht stark entwickelte Selbstgefühl dieses Duisbergers, der es nicht vertragen kann, so gerüffelt zu werden, wie er von den Herren Reusch und Vögler gerüffelt worden ist, die Gegensatzstellung der industriellen Zentrumskreise stärker herausgearbeitet und so ihre Bindungen an das Silverberg-Programm über das ursprünglich vorhanden gewesene Maß verstärkt hat, ist eine Frage, die sich schwer beantworten läßt. Jedenfalls herrscht Kampfstimmung zwischen der Zentrums-Industrie und der Volkspartei-Industrie. Der Kampf wird zwar nicht zwischen den industriellen Führern persönlich geführt, aber er äußert sich in heftigen Artikelfehden der beiden großen Kölner Blätter, von denen die „Kölnische Volkszeitung" den industriellen Zentrumskreisen, die „Kölnische Zeitung" der volksparteilichen Schwerindustrie nahesteht. Es sind sehr bittere Wahrheiten, die „industrielle Kreise" in Zuschriften, denen die „Könische Volksztg." Raum gewährt, den schwerindustriellen Wirtschaftsführern und Trustmagnaten ins Stammbuch schreiben. Bitter wird es beklagt, daß „der Versuch Dr. Silverbergs, Brücken von der Unternehmerschaft zur Arbeiterschaft zu schlagen", durch die Schuld gewisser Wirtschaftskreise und Wirtschaftsführer zunichte gemacht worden sei. In diesen Kreisen, so heißt es weiter, könne man sich von der alten Einstellung nicht freimachen, daß mit dem Arbeitsvertrag, mit Arbeitsleistung und Arbeitsentlohnung jede Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu Ende sei. Die soziale Fürsorge mache man für den — in diesen Kreisen maßlos übertriebenen — wirtschaftlichen Notstand verantwortlich. (Daher der Männerzorn gegen Klöckner, dessen Konjunkturoptimismus den wirtschaftlichen Notstand nicht gerade bestätigt hat.) Die sozialen Nachkriegserrungenschaften möchte man wieder beseitigen, die jetzige Arbeitszeit, die Ueberstundenvergütung, Erwerbslosenfürsorge, alles solle wegfallen, soweit es die Wirtschaft belaste. Besonders interessant sind diejenigen Sätze der oben erwähnten „Zuschriften aus industriellen Kreisen", die darauf hinweisen, daß diese egoistische Einstellung gewisser Kreise unserer Wirtschaft mit der fortschreitenden Vertrustung riesig wachse und in gewissen Trustgebilden eine kräftige Stütze habe. Aus der Zusammenballung einer so riesengroßen Macht in Einzelhänden ergebe sich nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiete eine große Gefahr, sondern auch auf politischem. Es wachse ein Wirtschaftsstaat im Staate heran, der erhebliche Aenderungen in der sozialen Struktur im Gefolge habe, dessen Träger aber zum Teil soziales Empfinden fast völlig vermissen ließen.

Das sind Worte und Warnungen, die die ernsteste Beachtung verdienen.

Arbeiterversicherung

Vorstandssitzung der Ruhrknappschaft.

Die erste Sitzung des neugewählten Vorstandes der Ruhrknappschaft hat am 13. Januar in Bochum stattgefunden. Die Tagesordnung, die zur Erledigung stand, beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Wahl der Vorsitzenden, der Ausschüsse des Vorstandes und der Geschäftsausschüsse. Im Abteilungsvorstand für Arbeiterangelegenheiten ist zum ersten Vorsitzenden Kamerad Viktor, zum zweiten Vorsitzenden Generaldirektor Wiskott gewählt worden, im Abteilungsvorstand für Angestelltenangelegenheiten Kollege Bauer vom Butab zum ersten und Generaldirektor Wiskott zum zweiten Vorsitzenden. Als Vorsitzende des Bezirksvorstandes, der sich aus den beiden Abteilungsvorständen zusammensetzt, ist Kamerad Viktor als erster, Kollege Bauer als zweiter und Generaldirektor Wiskott als dritter Vorsitzender gewählt worden.

Daß der Kamerad Viktor, der bereits Vorsitzender der Reichsknappschaft ist, auch in der Ruhrknappschaft zum ersten Vorsitzenden vom Verbande vorgeschlagen wurde, das geschah aus dem Grunde, um eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen der größten Bezirksknappschaft und der Spitze der gesamten Reichsknappschaft zu gewährleisten. Uebrigens setzt sich der gesamte Vorstand der Reichsknappschaft sowohl auf seiten der Arbeiter als auch auf seiten der Arbeitgeber nur aus Mitgliedern zusammen, die gleichzeitig Mitglieder in Vorständen der Bezirksknappschaften sind. Diese Zusammensetzung bedeutet einen Vorteil nach der Hinsicht, daß der Vorstand der Reichsknappschaft nicht eine Körperschaft ist, die unabhängig von der Praxis rein theoretische Entscheidungen fällt, sondern ein organisch gewachsenes Gebilde, das in den einzelnen Bezirksknappschaften wurzelt.

Wie uns Kameraden mitteilen, soll es bereits Leute geben, die sich in den Versammlungen den Kopf zerbrechen, was der Kamerad Viktor als Vorsitzender mit dem vielen Gelde macht, das er von der Knappschaft erhält. Angeblich soll er 35 000 Mark erhalten. Eigentlich ist die Sache zu dumm, als daß man auf sie eingehen sollte. Da jedoch unsere Kameraden hier und da doch wegen dieses Märchens zur Rede gestellt werden, so sei zu ihrer Information mitgeteilt, daß sowohl die Vorsitzenden als auch die Mitglieder der Vorstände der Knappschaft ihre Tätigkeit nur ehrenamtlich ausüben. Sie erhalten nur offiziell einberufene Sitzungen und Fahrgeld vergütet. Die in Frage kommenden Sätze sind jedoch nur in der Höhe festgesetzt, wie sie zum Leben außerhalb des Hauses erforderlich sind. Kamerad Viktor ist nach wie vor in unserer sozialpolitischen Abteilung bei der Hauptverwaltung in Bochum beschäftigt und bekommt nicht mehr Gehalt wie die anderen Angestellten auch.

Aeltestenkonferenz der Brandenburger Knappschaft.

Am Sonntag, den 9. Januar, tagte im Konzerthaus Altmann in Cottbus eine sehr stark besuchte Konferenz der freigewerkschaftlich organisierten Knappschaftsältesten, die vom Verband einberufen war, um zu den Sondervorschriften und den schwebenden Knappschaftsfragen Stellung zu nehmen. Einleitend behandelte Kamerad Borgschulze (Bochum) den gegenwärtigen Stand der knappschaftlichen Versicherung. Insbesondere wies er darauf hin, daß die Folgen des Krieges sich auch im Knappschaftswesen durch erhöhte Invaliden- und Krankenziffern bemerkbar machen. Auch die Zahl der Witwen und Waisen sei gestiegen. Aus diesem Grunde können wir nur die allerdringendsten Wünsche der Kameraden bei den Sondervorschriften berücksichtigen. Die weitergehenden Wünsche müßten jetzt zurückgestellt werden, bis klare, bessere Verhältnisse geschaffen sind.

Briewig erläuterte das Zustandekommen des Entwurfs für die Sondervorschriften der Brandenburger Knappschaft. Der vorgelegte Entwurf sei die Vorlage des Bezirksvorstandes, entstanden aus dem Entwurf der Versicherten, den Anregungen der Verwaltung und der Beratung des Bezirksvorstandes. Auch er ersuchte die Kameraden, die weitergehenden Wünsche auf bessere Zeiten zu vertagen und der Vorlage zuzustimmen. Was in dem Entwurf an Mehrleistungen vorgesehen sei, ist das Aeußerste, was getan werden kann, ohne die Beiträge zur Krankenkasse zu erhöhen.

In der anschließenden Aussprache stimmten die Kameraden dem Vorschlage zu. Auch gegen die vorgeschlagenen Kandidaten zur Vorstandswahl konnten Einwendungen nicht erhoben werden. Einstimmig wurden in der Endabstimmung Vorlage und Vorschlagsliste gutgeheißen.

Nach Erledigung zahlreicher Anfragen auf knappschaftlichem Gebiet wurde die Konferenz mit einem begeistert aufgenommenen Glückauf geschlossen.

In der Bezirksversammlung der Brandenburger Knappschaft, die am 10. Januar in Cottbus stattfand, wurde die in der Konferenz gutgeheißene Vorlage einstimmig ohne Debatte angenommen. Der Ausschuß zur Prüfung der Jahresrechnung wurde gemeinsam gewählt und besteht aus zwei Arbeitgeber- und drei Versichertenvertretern (ein Angestellter, AfA, und zwei Arbeiter, Bergarbeiterverband). Der neue Vorstand der Arbeiterabteilung besteht aus zehn Personen: vier Arbeitgeber und sechs Versichertenvertreter. Letztere sind sämtlich freigewerkschaftlich organisiert. Eine Wahl brauchte nicht stattzufinden, da von jeder Seite nur eine Vorschlagsliste vorlag. Bei den Angestellten mußte eine Wahl vorgenommen werden, da auf der Versichertenseite zwei Vorschlagslisten vorlagen. Der neue Vorstand für Angestelltenangelegenheiten besteht in Zukunft aus fünf Personen: zwei Arbeitgebern und drei Versichertenvertretern; von letzteren gehören zwei zur AfA, einer zum GdA.

Die Konstituierung des neuen Vorstandes nach Schluß der Bezirksversammlung konnte nicht erfolgen, weil die Vertreter der Arbeitgeber nicht vollzählig anwesend waren.

Wie der dicke Emil die „freigewerkschaftlichen Elemente" bekämpft und den Angestellten einen Bärendienst leistet.

Emil wütet!

Daß unsere Kameraden, die als Versichertenvertreter in der Knappschaft wirken, viele Gegner haben, die sie auf jede erdenkliche Art herabzusetzen suchen, das haben wir an dieser Stelle oft betont. Wir waren auch oft gezwungen, sie gegen allerlei Angriffe zu verteidigen. Die Kameraden, die unsere diesbezüglichen Abhandlungen gelesen haben, werden zugeben, daß wir dabei stets bemüht waren, sachlich zu bleiben und die persönliche Kampfesweise aus dem Spiele zu lassen. In der heutigen Abhandlung müssen wir jedoch unseren bisherigen Grundsätzen untreu werden, weil es um die Abfertigung eines Kläffers geht, der unsere Vertreter in den Organen der Knappschaft seit Monaten in einer besonders gehässigen Art anbellert. Es ist dies ein gewisser Karl Fromholz, den wir bereits vor Jahr und Tag einmal dahin charakterisierten, daß er jedem, der ihn nicht näher kennt und ihn zum ersten Male belfern hört, radikaler als ein Linkskommunist vorkommt, dem Eingeweihten aber nur ein mitleidiges Lächeln durch sein Auftreten abgewinnt.

Dieser Schwadroneur, der Gewerkschaftssekretär im Gewerkschaftsbund der Angestellten ist und angeblich gleichzeitig auch im Betriebe einer Grube beschäftigt wird, bläht seine dicken Hamsterbacken in letzter Zeit besonders mächtig auf, um die freigewerkschaftlichen Angestellten- und Arbeitervertreter in Grund und Boden zu donnern. Fromholz, der im Umgang mit den Unternehmern wirklich seinem Namen alle Ehre macht, ist auf die freigewerkschaftlichen Versichertenvertreter in der Knappschaft augenblicklich besonders erbost, weil sie etwas Licht in eine dunkle Sache hineingebracht haben. Dies kam so: Der dicke Emil, der bis zum Inkrafttreten des Reichsknappschaftsgesetzes vom 1. Juli 1926 keine Grube von innen gesehen hat, ist nach diesem Zeitpunkt plötzlich als Anerkennungsgebührenzahler bei der Brandenburger Knappschaft aufgetreten und ging mit der Hoffnung schwanger, Vorstandsmitglied der Reichsknappschaft, und wer weiß was noch mehr, zu werden. Durch seine aufgestellten Rechnungen haben leider die freigewerkschaftlichen Versichertenvertreter dadurch einen dicken Strich gemacht, daß sie behaupteten, Emil habe die Mitgliedschaft erschlichen, weil er nie für einen knappschaftlichen Betrieb überwiegend beschäftigt gewesen sei und deshalb weder ein Mitglied noch später Anerkennungsgebührenzahler werden konnte. Als der Sachverhalt allgemein bekannt wurde, stand Emil wie der sagenhafte betrübte Lohgerber da, dem die Felle fortgeschwommen sind. Kein Wunder, daß er nunmehr eine Epistel nach der anderen verbricht, um für diesen Streich Rache zu nehmen. So setzte er sich z. B. beim Silvesterpunsch wutschnaubend hin und schrieb für sein Winkelblättchen, „Der Angestellte im Bergbau und Knappschaft", folgenden Erguß:

„Die freigewerkschaftlichen Elemente scheinen allmählich die Knappschaft ausbauen zu wollen wie die Ortskrankenkassen, nämlich zu einem reinen Institut der Sozialdemokraten. Daß ihnen in diesem Beginnen die freigewerkschaftlichen Angestelltenvertreter Trabantendienste leisten, ist selbstverständlich. Sie erwarten dafür Gegenleistungen auf anderen Gebieten. Wollen doch die freigewerkschaftlichen Angestelltenkreise unter allen Umständen ihre bisherige, mit Hilfe des alten Bergarbeiterverbandes betriebene angestelltenfeindliche Knappschaftspolitik weiterbetreiben."

Aus dieser Kostprobe können die Kameraden ersehen, was uns in dieser Beziehung noch blühen wird. In den meisten Bezirksknappschaften haben die Unternehmer bis in die letzte Zeit noch die Hälfte der Mitbestimmung ausgeübt, weil die Vorstände noch nicht überall neu gewählt worden sind. Es sind auch nirgends grundstürzende Maßnahmen in der Verwaltung getroffen worden, und doch leistet sich dieser Schmutzfink diese Verleumdung und redet von der Knappschaft als von einem „Institut der Sozialdemokraten". Daß die Anpöbelung gerade von einem sogenannten Demokraten erfolgt, kommt daher, daß wir in Deutschland überhaupt recht merkwürdige „Demokröten" haben. Sie können es durchaus nicht begreifen, daß innerhalb eines Selbstverwaltungskörpers die Mehrheit ausschlaggebend sein muß, sondern sind der Auffassung, daß in der Knappschaft alles nach der Pfeife einer Minderheit zu tanzen hat.

Niederträchtig ist die Verdächtigung, nach der die freigewerkschaftlichen Angestellten mit Hilfe unseres Verbandes eine angestelltenfeindliche Knappschaftspolitik treiben. Dabei steht es fest, daß, wenn die knappschaftliche Versicherung in den letzten drei Jahren überhaupt gegen die Unternehmer durchgesetzt werden konnte und die Angestellten dabei gut gefahren sind, dies nur dem Umstande zu verdanken ist, daß sowohl die Arbeiter- als auch die Angestelltenvertreter in der Knappschaft eine geschlossene Front gegenüber den Unternehmern bildeten. Nur dort, wo in den Bezirksknappschaften als Angestelltenvertreter Vertreter des GDA. wirkten, konnte die Versicherung nicht ordnungsmäßig durchgeführt werden. Es sei hier nur auf die Gießener Knappschaft hingewiesen, wo mit Hilfe des Vertreters des GDA. die Unternehmer alles sabotierten. Jahrelang haben sie die notwendigen Beiträge nicht erhoben und auch den Invaliden, Witwen und Waisen der Angestellten die ihnen zustehenden Renten nicht gezahlt. Erst auf mehrfaches Eingreifen der Versichertenvertreter im Vorstand der Reichsknappschaft, in welchem keine GDA.-Vertreter anwesend waren, konnte die Gießener Knappschaft zur Botmäßigkeit gebracht werden. Wenn angesichts dieser, jedem Versicherten im Bergbau bekannten Tatsache der dicke Emil es fertig bringt, von einer angestelltenfeindlichen Knappschaftspolitik des Bergarbeiterverbandes und der freigewerkschaftlichen Angestellten zu reden, so muß er die Leser seines Winkelblättchens sehr niedrig einschätzen.

Emil leistet einen Bärendienst!

In der gleichen Nummer, in welcher der dicke Emil die freigewerkschaftlichen Vertreter im allgemeinen anbellert, reibt er sich auch an allen Versicherungsvertretern des Vorstandes der Reichsknappschaft wegen der Weihnachtsbeihilfe der Knappschaftsangestellten. Bei dieser Gelegenheit lügt B., daß sich die Balken biegen. Hier der Beweis. Er schreibt in der fraglichen Nummer:

„Da es sich hier um ein tarifliches Recht der Angestellten handelte, hatten wir in der Vorstandssitzung der Reichsknappschaft durch eines unserer Mitglieder einen entsprechenden Antrag einbringen lassen, der Vorstand wolle die Auszahlung der Weihnachtsbeihilfe noch vor den Feiertagen vornehmen."

In Wirklichkeit hat sich die Sache ganz anders zugetragen. Die Vertreter der Angestelltenorganisationen, die Knappschaftsangestellte als Mitglieder haben, wie z. B. der Zentralverband der freien Angestellten, sind bereits einige Zeit vor der Vorstandssitzung der Reichsknappschaft in den Bezirken wegen der Weihnachtsbeihilfe bei den Verwaltungen vorstellig geworden. Da die Möglichkeit bestand, daß in den Bezirken verschieden gehandelt würde, haben unsere Kameraden im Vorstand der Reichsknappschaft einen einheitlichen Beschluß für die gesamten Bezirksknappschaften herbeiführen wollen. Als dies der Zentralverband der freien Angestellten erfuhr, entsandte er in die Vorbesprechung der Arbeitervertreter im Vorstande der Reichsknappschaft eine Delegation von drei Kollegen, der auch die bekannten Kollegen Brenken und Brillke angehörten. In der besagten Vorbesprechung trugen diese Kollegen die Wünsche der Knappschaftsangstellten vor, die dahin gingen, daß auch den Knappschaftsangestellten die Weihnachtsbeihilfe wie den übrigen Beamten zu zahlen sei.

Sowohl unsere als auch die Kameraden des christlichen Gewerkvereins, die als Mitglieder dem Vorstande der Reichsknappschaft angehörten, haben nach einer sachlichen Aussprache den Angestelltenvertretern einstimmig erklärt, daß sie den Wünschen der Angestellten nicht nachkommen könnten, weil

1. die Knappschaftsangestellten durch die Eingruppierung erheblich besser gestellt seien als die Reichsbeamten;
2. die Knappschaftsangestellten für die Ueberarbeit, die sie bis kurz vor Weihnachten gelegentlich der Umrechnung der Renten nach dem neuen RVG leisteten und für die sie angemessen entschädigt worden sind, einen nicht zu unterschätzenden Vorteil hatten (betrug doch z. B. in der Ruhrknappschaft der Betrag für die Ueberarbeit das Doppelte der Weihnachtsbeihilfe;
3. man unmöglich den Bergarbeitern, deren höchster Verdienst bedeutend geringer sei als der Verdienst der niedrigsten Angestelltengruppe bei der Knappschaft (Boten) zumuten konnte, aus ihren Beiträgen auch noch die Weihnachtsbeihilfe aufzubringen, und
4. weil die Knappschaftsangestellten im Grunde genommen selbst nicht wüßten, was sie eigentlich wollten, da sie einmal Leistungslohn, ein andermal das Gegenteil von dem verlangten.

Die freien Angestelltenvertreter forderten hierauf, daß der Vorstand wenigstens zustimmen sollte, daß sie im Falle der Ablehnung der Beihilfe durch den Vorstand sofort das Oberschiedsgericht bei Uebergehung der unteren Schiedsgerichte anrufen könnten.

Als dann der Vorstand zur Sitzung zusammentrat, war es selbstverständlich, daß er zu der Weihnachtsbeihilfe Stellung nahm. Er lehnte sie nach eingehenden Aussprache ab. Ein Antrag der Versichertenvertreter des GDA. auf Gewährung der Weihnachtsbeihilfe lag gar nicht vor. Wenigstens weiß der Vorsitzende nichts von einem solchen Antrage. Es ist also nichts weiter als eine frommholzige Flunkerei, was das Blättchen des GDA. bringt. Durch die Prahlerei will der GDA. nur Mitgliederfang unter den Knappschaftsangestellten treiben. Dabei hat er den Knappschaftsangestellten einen Bärendienst erwiesen.

In dem Bestreben, den Arbeitervertretern eins auszuwischen, veröffentlicht er den Schiedsspruch, den das Oberschiedsgericht gefällt hat. Dadurch und durch seine Hetze macht er die Versichertenvertreter auf etwas aufmerksam, das sie wohl nicht zögern werden, durchzuführen. In der Begründung des Schiedsspruches steht nämlich ein vortrefflicher Satz, der es verdient, weiteren Kreisen bekannt gemacht zu werden. Er lautet:

„Abgesehen davon, daß die Tarifverträge ihrer Tendenz nach die Knappschaftsangestellten hinsichtlich der Bezüge offenbar den Reichsbeamten völlig gleichstellen wollen."

In diesem Satz müssen die Worte „den Reichsbeamten völlig gleichstellen" besonders betrachtet werden. Wenn der GDA. auf diesen Schiedsspruch besonders pocht, muß der Vorstand der Reichsknappschaft annehmen, daß er die völlige Gleichstellung der Knappschaftsangestellten mit den Reichsbeamten verlangt. Soweit wir unterrichtet sind, glauben wir bereits jetzt feststellen zu können, daß unsere Kameraden im Vorstand der Reichsknappschaft dieser Forderung sofort nachkommen. Sie werden scharf darauf sehen, daß bis ins kleinste die Gleichstellung bei der Besoldung erfolgt, auch bei der Eingruppierung. Die Forderung nach der Gleichstellung ist ein billiges Verlangen, und warum sollte man es nicht erfüllen? Jedem geschehe sein Recht, den nach Gleichstellung schreienden Angestellten des GDA. ebenfalls, dann wird allen Seiten geholfen. Die Knappschaftsangestellten werden die vom GDA. geforderte Gleichstellung haben und die Knappschaft wird jedenfalls an den Ausgaben für die Angestellten sparen können, denn bisher waren die Knappschaftsangestellten den Reichsbeamten nicht völlig gleich, sondern besser gestellt.

Deshalb nichts für ungut, dicker Emil! Du hast dir, wenn auch unfreiwillig, durch deine Anpöbelung der Versichertenvertreter einen Verdienst um die Knappschaft erworben. Es sei dir aus diesem Grunde vieles verziehen. Ob dir die Knappschaftsangestellten, den du durch deine Tolpatschigkeit einen sogenannten Bärendienst geleistet hat, ebenfalls verzeihen werden, das möchten wir vorläufig bezweifeln.

Internationale Rundschau

Der deutsch-französische Kalivertrag

ist kürzlich in Paris auf zehn Jahre, kündbar nach sieben Jahren mit je einem Jahre Kündigungsfrist, abgeschlossen worden. Frankreich bleibt die Belieferung seiner Kolonial-, Protektorats- und Mandatsgebiete vorbehalten, Deutschland auch für etwaige solche Gebiete, die es im Laufe der Vertragsdauer erhalten könnte. Alle Förder- und Fabrikationsmengen, auch von neu entstehenden Werken, fallen unter die Beteiligung, die nach früherer Vereinbarung mit 70 Prozent für Deutschland und 30 Prozent für Frankreich bleibt mit geringen Aenderungen zugunsten der französischen Werke. In Frankreich, wo man keine staatliche Syndikatsbildung hat wie in Deutschland, sollen alle Anstrengungen gemacht werden, daß neu entstehende Werke und Fabriken dem Syndikat beitreten. Ueber die Preise, die Exportbedingungen usw. soll baldigst eine Verständigung erfolgen. Die Preise sollen unter Berücksichtigung der Gestehungskosten „angemessen" sein, um die fortschreitende Verwendung von Kali und Kalifabrikaten in Landwirtschaft und Industrie nicht zu unterbinden. Streitigkeiten werden durch ein Schiedsgericht geregelt.

Wir kommen auf den Vertrag, der auch durch seinen Inhalt für die deutschen Kaliarbeiter von großer Bedeutung ist, noch ausführlich zurück.

Ein Oelkrieg.

Die Vereinigten Staaten und Mexiko stehen in einem scharfen Konflikt, von dem man noch nicht weiß, ob und wie er zu Waffengewalt führt. Die Arbeiterregierung von Mexiko mit ihrem Präsidenten Calles unterstützt den Präsidenten von Nicaragua, Sacasa, mit Waffensendungen gegen seinen Feind. Mexiko erkennt Sacasa als Präsidenten an, die Vereinigten Staaten nicht. Die mexikanischen Oelfelder waren für Nordamerika immer von großem Reiz und es hat kaum eine mexikanische Revolution gegeben, bei der nicht englische Oelinteressen einerseits und amerikanische andererseits im Spiel gewesen wären. An den mexikanischen Oelgesellschaften ist amerikanisches Kapital zu mehr als der Hälfte beteiligt (1922 waren 52,8 Prozent des Kapitals amerikanisch, 33,1 englisch, 6,8 holländisch und nur 1,1 Prozent mexikanisch).

Unter Calles hat sich das Bestreben stark konsolidiert, die Erdschätze in die Hand des eigenen Landes zu bringen. Der Staat allein kann Ausländern das Recht zur Ausbeutung von Erdschätzen verleihen. Wo solche Konzessionen vor 1917 bestanden und nicht ausgebeutet wurden, fällt das Eigentum und das Ausbeutungsrecht an den Staat zurück. Ausländer, die Konzessionen besitzen, unterstehen den mexikanischen Gesetzen. Das alles erscheint uns ganz vernünftig und selbstverständlich.

Aber die besten Oelfelder in Mexiko, darunter viele, die noch nicht ausgebeutet sind, befinden sich in Händen von Amerikanern, denen diese mexikanische Gesetzgebung nicht paßt. Englisch-holländische Gesellschaften haben sich dem betreffenden Artikel 27 unterworfen. Die amerikanischen Kapitalisten wollen das nicht und suchen einen Konflikt mit Mexiko, der auf dem Wege über Nicaragua in bester Entwicklung ist und vielleicht zu einem imperialistischen Petroleumkrieg führt.

Arbeitsrecht

Zum Begriff Stillegung im Sinne des § 96 BRG.

Die Voraussetzungen der Stillegung sind erst dann erfüllt, wenn der Wille des Unternehmers tatsächlich auf eine Stillegung des Betriebes und nicht auf Erreichung anderer Ziele gerichtet ist.

Die Mitteilung des Arbeitgebers, die Verbindlicherklärung eines Schiedsspruchs betreffend, verpflichtet die Arbeitnehmer noch nicht zur Leistung der Arbeit. Die Arbeitnehmer können abwarten, bis ihnen durch ihre Organisation (ohne schuldhafte Verzögerung) Mitteilung über die Verbindlicherklärung gemacht wurde.

Diese Ansicht vertrat das Landgericht Nordhausen in einem Urteil vom 11. September 1925 — 2 S. 121/24 = 56.

Tatbestand:

Die Kläger standen bei der Beklagten als Bergarbeiter in Arbeit. Die Beklagte kündigte ihnen zum 8. Januar 1924, zu welcher Zeit sie Mitglieder des Betriebsrats der Beklagten waren.

Die Kläger haben behauptet, ihre Entlassung sei zu Unrecht erfolgt, da die zur Kündigung erforderliche Zustimmung des Betriebsrats nicht vorgelegen habe. Sie haben beantragt, die Beklagte zu verurteilen, an jeden Kläger den Lohn vom 9. Januar 1924 bis 31. Januar 1924 mit je 4,50 Mk. pro Arbeitstag zu zahlen. Die Beklagte hat beantragt, die Klage abzuweisen. Sie hat behauptet, einer Genehmigung des Betriebsrats zur Kündigung der Kläger habe es nicht bedurft, da sie der ganzen Belegschaft gekündigt habe, also den Betrieb habe stillegen wollen. Die Kläger hätten ferner einen wichtigen Grund zur Kündigung gegeben, weil sie nicht am 10. Januar 1924 den Dienst mit der durch die Verbindlicherklärung des Reichsarbeitsministers vom 9. Januar 1924 verlängerten Arbeitszeit angetreten hätten.

Die Kläger haben die Behauptung der Beklagten bestritten und vorgebracht, sie hätten durch die Arbeitnehmervertretung erst am 11. Jan. 1924 von der Verbindlicherklärung Kenntnis erlangt.

Unstreitig haben sich die Kläger am 12. Jan. 1924 zum Arbeitsantritt bei der Beklagten gemeldet, sind aber abgewiesen worden.

Die Kläger haben ferner den Inhalt ihrer Schriftsätze vom 12. Januar, 29. Februar und 20. März 1924 vorgetragen. Die Beklagte hat den Inhalt ihrer Schriftsätze vom 6. und 20. März 1924 vorgetragen.

Das Amtsgericht in Sangerhausen hat durch Urteil vom 23. April 1924 die Klage kostenpflichtig abgewiesen. Gegen dieses Urteil haben die Kläger Berufung eingelegt mit dem Antrage, unter Abänderung des angefochtenen Urteils nach dem Klageantrage zu erkennen. Die Beklagte beantragt, die Berufung zurückzuweisen.

Die Parteien haben ihr früheres Vorbringen wiederholt. Die Kläger haben ferner ihre Schriftsätze vom 15. September, 8. Dezember 1924, 12. Februar, 23. März, 20. April und 6. Juni 1925 vorgetragen. Die Beklagte hat ihre Schriftsätze vom 6. November 1924, 3. Januar, 20. Februar, 7. April, 16. Mai 1925 vorgetragen.

Das Gericht hat nach Maßgabe der Beschlüsse vom 21. April, 19. Mai und 9. Juni 1925 Beweis erhoben. Die Zeugenaussagen sind in den Protokollen vom 7. Mai, 6. und 11. Juli und 19. August 1925 festgestellt.

Im übrigen wird auf das angefochtene Urteil wie erwähnten Schriftsätze, Beweisbeschlüsse und Protokolle Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung ist an sich zulässig, auch form- und fristgerecht eingelegt und begründet.

Nach § 96 BRG. bedarf der Arbeitgeber zur Kündigung des Dienstverhältnisses eines Mitglieds einer Betriebsvertretung der Zustimmung der Betriebsvertretung. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei Entlassungen, die durch Stillegung des Betriebes erforderlich sind und bei fristlosen Kündigungen aus einem Grunde, der nach dem Gesetze zur Kündigung des Dienstverhältnisses ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt.

Die Beklagte hat behauptet, die Kündigung der Kläger sei erfolgt, weil sie ihren Betrieb habe stillegen wollen. Diese Behauptung des Beklagten ist aber durch ihren übrigen eigenen Vortrag, insbesondere im Schriftsatz vom 6. November 1924, widerlegt. Durch Schiedsspruch vom 22. Dezember 1923 war eine verlängerte Arbeitszeit vom 1. Januar 1924 an eingeführt worden. Der Betriebsratsvorsitzende erklärte nun der Beklagten, daß die Belegschaft an der bisherigen Arbeitszeit festhalte und den gefällten Schiedsspruch nicht anerkenne. Darauf kündigte die Beklagte auf Anweisung des zuständigen Arbeitgeberverbandes der Belegschaft mit siebentägiger Frist zum 9. Januar 1924. Zu gleicher Zeit wurde bei dem Reichsarbeitsminister die Verbindlicherklärung des Schiedsspruches beantragt. Es kam also der Beklagten gar nicht auf eine wirkliche Stillegung des Betriebes an. Sie wollte vielmehr die verlängerte Arbeitszeit einführen. Sie rechnete damit, daß der größte Teil der Arbeiter auch unter den neuen Bedingungen arbeiten würde, für den Rest hätten andere Arbeitswillige eingestellt werden können. Hiermit sind aber die Voraussetzungen einer „Stillegung des Betriebes" nicht erfüllt, da bei einer Stillegung des Betriebes der Wille des Unternehmers tatsächlich auf eine Stillegung des Betriebes und nicht auf die Erreichung anderer Ziele gerichtet sein muß. Eine allenfallsige Stillegung genügt nicht. Daher greift dieser Einwand der Beklagten nicht durch.

Ein wichtiger Grund zur Entlassung im Sinne des § 96 Ziff. 3 BRG. könnte darin liegen, daß die Kläger den Dienst nicht sofort angetreten haben, obwohl ihnen bekannt geworden war, daß der Schiedsspruch durch den Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden war. Hierzu behauptet die Beklagte, daß sie bereits am 9. Januar 1924 die Tatsache der Verbindlicherklärung der Belegschaft mitgeteilt habe. Es kann jedoch dahingestellt bleiben, ob die Kläger tatsächlich bereits an diesem Tage durch die Bekanntmachung der Beklagten Kenntnis von der Verbindlicherklärung erlangt haben, da man den Klägern zubilligen muß, daß sie abwarten konnten, bis ihnen durch die zuständige Arbeitnehmervertretung ohne schuldhafte Verzögerung Mitteilung über die Verbindlicherklärung gemacht worden war. Nun steht auf Grund der glaubhaften eidlichen Aussagen der Zeugen Elise Brückner, Otto Böttcher und Willi Hesse fest, daß die Verbindlicherklärung des Reichsarbeitsministers vom 9. Januar 1924 erst am 11. Januar 1924 bei dem Bezirksbureau des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands in Halle eingegangen und an demselben Tage an die zuständigen Stellen weitergegeben ist. An demselben Tage haben dann die Kläger Kenntnis hiervon erlangt. Es kann daher von ihnen nur verlangt werden, daß sie zum Dienstantritt am 12. Januar 1924 sich meldeten. Dieses haben sie auch unstreitig getan. Es entfällt somit auch der von der Beklagten vorgebrachte zweite Grund zur Kündigung ohne Genehmigung des Betriebsrats.

Wirtschaft

Verbrauchseinschränkung der deutschen Bevölkerung.

Es werden vielfach Zahlen und Statistiken veröffentlicht, die sich verschieden ausnutzen und bewerten lassen. So auch über die Verbrauchseinschränkung der deutschen Bevölkerung. Die Reichs-Kreditgesellschaft, eine Bank, deren Aktien sich im Besitze des Reichs befinden, hat am Jahresschluß eine verdienstvolle Veröffentlichung „Deutschlands wirtschaftliche Lage" herausgebracht. Dort finden wir über Löhne und Verbrauch u. a. folgende Ausführungen:

„Seit der Währungsstabilisierung ist von Jahr zu Jahr eine langsame Steigerung des Verbrauchs zu beobachten. Die Vorkriegshöhe scheint — je Kopf der Bevölkerung berechnet — allerdings noch nicht erreicht zu sein. Eine solche Vermutung gestattet zunächst die Entwicklung der Arbeitereinkommen. Diese Einkommensentwicklung wird ungefähr durch die Entwicklung der Wochenlöhne gekennzeichnet:

	Wochenlöhne bei regelmäßiger Arbeitszeit: gelernte Arbeiter	ungelernte Arbeiter	Lebenshaltungskosten in v. H. von 1913
	Gewogener Durchschnitt in Proz. v. 1913		
1925:			
1. Halbjahr	115,4	128,6	136,1
3. Vierteljahr	125,7	139,5	144,4
Oktober	127,7	141,5	143,5
1926:			
1. Halbjahr	130,2	144,3	139,5
3. Vierteljahr	130,4	144,6	142,3
Oktober	131,4	145,7	142,2

Soweit Zahlen über den Verbrauch typischer Konsumgüter vorliegen, zeigen sie einen unter Vorkriegshöhe liegenden Konsum. Der Verbrauch an Fleisch, den man als einen Anhaltspunkt für den Ernährungsaufwand ansehen kann, ist, je Kopf der Bevölkerung berechnet, in den ersten drei Vierteljahren auf ungefähr 96 Prozent des Verbrauchs von 1913 gestiegen, während er im gleichen Zeitraum des Vorjahres etwa 95 Prozent betragen hat. Der Umsatz der Konsumvereine betrug im 3. Vierteljahr 1926 wochendurchschnittlich 5,10 Mk. je Kopf der Mitglieder, dagegen im Gesamtjahre 1913 — bei höherem Geldwerte — 5,60 Mark. Der Absatz an Hausrat und Bekleidung ist, wie Ermittelungen des Instituts für Konjunkturforschung ergeben, in den ersten drei Vierteljahren 1926 beträchtlich geringer gewesen als im Vorjahre... Die künftige Entwicklung des Verbrauchs muß im Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwicklung betrachtet werden. Die Bevölkerung ist trotz der Kriegsverluste nicht nur um etwa 5 Prozent seit 1913 (innerhalb des jetzigen Reichsgebiets) gestiegen, sondern infolge der Veränderung des Altersaufbaues ist auch der Anteil der Erwachsenen, der überdurchschnittlich verbrauchenden Bevölkerungsschicht, an der Gesamtbevölkerung größer als vor dem Kriege. Der Anteil dieser Schicht wird in den folgenden Jahren noch weiter steigen. Ein Kopfverbrauch in Vorkriegshöhe würde bereits eine Verbrauchseinschränkung bedeuten. Die Verbrauchseinschränkung in Deutschland ist mithin zurzeit noch größer, als die Feststellungen über den Verbrauch je Kopf der Bevölkerung vermuten lassen." Bezüglich des Wohnraumverbrauchs haben Ermittlungen einiger Städte ergeben, daß dieser heute größer sei als in Friedenszeiten. Sehr richtig weist die Reichs-Kreditgesellschaft auf die Altersversicherung der Bevölkerung hin. Dies in Berücksichtigung gezogen, kann festgestellt werden, daß der je Kopf beanspruchte Wohnraum gegenüber der Vorkriegszeit gesunken ist.

Was geht aus diesen interessanten Feststellungen der Reichs-Kreditgesellschaft hervor? Sie zeigen, daß das Einkommen, namentlich der gelernten Arbeiter, der Angestellten und Beamten, nicht mit den Lebenshaltungskosten gleichen Schritt gehalten hat, von hier aus also bereits eine Einschränkung notwendig war. Des ferneren deutet die Bevölkerungsbewegung, zumal die Altersverschiebung, auf eine weitere Verbrauchseinschränkung hin. So zeigt uns auch diese genaue Untersuchung, daß die soziale Lage der großen Masse der Bevölkerung sich verschlechtert hat.

Der neue Großhandelsindex.

Das Statistische Reichsamt gibt eine neue Berechnung des Großhandelsindexes bekannt. Die bisherigen Berechnungen beschränken sich im großen nd ganzen darauf, die Preise einiger wichtiger Warengruppen, hauptsächlich Rohstoffe und Lebensmittel, festzustellen. Namentlich wurden bei der bisherigen Berechnung die landwirtschaftlichen Produkte sehr stark berücksichtigt. Weniger berücksichtigt wurden die industriellen Fertigwaren. Der neue Index baut sich auf folgende Warengruppen auf: 1. Agrarstoffe, 2. Kolonialwaren. 3. industrielle Rohstoff- und Halbwaren und 4. industrielle Fertigwaren. Der neue Index zeigt deshalb auch ein wesentlich anderes Bild als der alte. Nach letzterem haben sich die Großhandelspreise in den 11 Monaten 1926 von 120 auf 131 Prozent erhöht, während der neue Index nur eine Erhöhung von 135,8 auf 137,1 aufweist. Am meisten gestiegen sind in diesem Jahr die Agrarprodukte, und zwar von 122,3 auf 142,8, also um 20 Punkte. Die neue Indexberechnung des Statistischen Reichsamtes ist zweifellos brauchbarer als die alte, weil sie bedeutend mehr Waren und Warengruppen umfaßt.

Welche Aktiengruppe hat die höchsten Börsenkurse?

Die Börsenkurse haben im allgemeinen ihren hohen Stand mit in das neue Jahr hinübernehmen können. Es dürfte interessieren, diejenigen Aktiengruppen kennen zu lernen, die an der Börse am höchsten notiert werden. Nach dem Aktienindex des „Berliner Tageblatts" hatten am 6. Januar 1927

	Durchschnittskurs
14 Brauereien	216,6
20 Banken	193,3
10 Braunkohlengesellschaften	189,2
4 Steinkohlenbergwerke	171,3
10 Baustoffgesellschaften	170,6
13 Papier- und Zellstoffabriken	165,4
4 Kalibergwerke	163,6
11 Werke der chemischen Industrie	154,3
7 Seeschiffahrtsgesellschaften	147,5
20 Gesellschaften der Elektrotechnik	144,4

Den niedrigsten Kurs weisen die Waggonfabriken auf, die im Durchschnitt 89,2 notieren. Die Brauereien marschieren an der Spitze. Und gerade sie glaubten ohne eine Bierpreiserhöhung nicht mehr rentabel zu sein!

Aus der Arbeiterbewegung

Die Gewerkschaften im Jahre 1925.

Aus dem Inhalt des demnächst erscheinenden neuen Jahrbuchs der Berufsverbände im Deutschen Reiche gibt das erste Heft des „Reichsarbeitsblatts", Jahrg. 1927, eine kurze Uebersicht über die Mitgliederstärke der Arbeitnehmerverbände am Ende des Jahres 1925. Die in den Kreis der Betrachtung gezogenen Verbände umfaßten Ende 1925 insgesamt 6 587 139 Mitglieder, von denen 5 212 797 = 79,1 Prozent den Arbeiterverbänden und 1 374 342 = 20,9 Prozent den Angestelltenverbänden angehörten. Im Rahmen der gesamten Gewerkschaftsbewegung können als ihre Hauptteile drei in sich abgeschlossene Gruppen unterschieden werden, die jede für sich Arbeiter-, Angestellten- und auch Beamtenverbände mit der gleichen Zielsetzung vereinigen. Die nachfolgende Zusammenstellung zeigt die Mitgliederstärke der drei Gruppen der Arbeitergewerkschaften Ende 1925 und im Vergleich zu diesen auch die Endzahlen für 1924. Es hatten Mitglieder:

	1925 insgesamt	1925 v. H. der Gesamtzahl	1924 insgesamt	1924 v. H. der Gesamtzahl
Allg. D. Gewerkschaftsbund	4 182 511	85,0	4 023 867	84,1
Gesamtverb. christl. Gew.	582 319	11,8	612 952	12,8
Deutsche Gewerkv. (H.-D.)	157 571	3,2	147 280	3,1
Zusammen	4 922 401	100,0	4 784 099	100,0

Die drei Gewerkschaftsgruppen zusammen verzeichnen gegen 1924 eine Zunahme von 138 302 Mitgliedern = 2,9 Prozent. Daran beteiligen sich der ADGB. und die Deutschen Gewerkvereine. Die christlichen Gewerkschaften weisen dagegen eine Abnahme der Mitgliederzahl auf, und zwar um 30 633 = 5 Prozent. Der Anteil der Mitgliederzahl an der Gesamtzahl hat sich zwischen dem ADGB. und den christlichen Gewerkschaften gegen 1924 etwas zu ungunsten der letzteren verschoben. Zu solchen Vergleichen bieten aber die Jahresendzahlen keine geeignete Grundlage, da sie zufälligen Schwankungen ausgesetzt sind, die bei der Berechnung der Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt sich ausgleichen. Solche Durchschnittszahlen fehlen jedoch bei den deutschen Gewerkvereinen. Zu den vorstehend aufgeführten Gewerkschaftsgruppen kommen dann noch vier Verbände kommunistischer Richtung, deren Mitgliederzahl für Ende 1925 zusammen auf 26 486 angegeben wird, und schließlich noch die Gruppe der selbständigen Verbände mit zusammen 15 701 Mitgliedern; alles Gebilde, die dem Unternehmertum nicht wehe tun, wohl aber die Geschlossenheit der Arbeiter in ihren Kämpfen schädigen.

Bei den Angestelltenverbänden fehlen die Mitgliederzahlen für 1924. Ende des Jahres 1925 hatten Mitglieder: der Allgemeine freie Angestelltenbund 428 185, der Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften (christliche Organisationsrichtung) 411 113, der Gewerkschaftsbund der Angestellten 273 016 und der Deutsche Bankbeamtenverein 40 386. Die letzteren beiden Bünde zählen zusammen mit den Deutschen Gewerkvereinen zu der freiheitlich-nationalen Gewerkschaftsrichtung.

Zu den vorstehend aufgeführten drei Gruppen der Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften kommen dann noch zu jeder Gruppe Beamtenverbände. Der freigewerkschaftlichen Organisationsrichtung ist angeschlossen der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, zu der christlich-nationalen zählt der Gesamtverband Deutscher Beamtengewerkschaften und zu dem freiheitlich-nationalen Bunde gehört der Ring Deutscher Beamtenverbände. Es hatten im Jahre 1925 Mitglieder der

Gesamtverband Deutscher Beamtengewerkschaften	302 977
Allgemeine Deutsche Beamtenbund	178 296
Ring Deutscher Beamtenverbände	54 000

Als die stärkste Spitzenvereinigung der Beamten, die bis 1926 außerhalb einer Gruppenverbindung stand, ist der Deutsche Beamtenbund zu nennen, der sich im Oktober 1926 mit dem Gesamtverband Deutscher Beamtengewerkschaften zu einem Verbande unter der Bezeichnung „Deutscher Beamtenbund" zusammenschloß. Dieser größte Beamtenbund zählte vor der Verschmelzung 902 880 Mitglieder, von denen jedoch nach einer Aufstellung von Anfang Dezember 1926 nur 188 565 beamtete Mitglieder verschiedener Verbände den Uebertritt vollzogen haben sollen.

Nach dem Erscheinen des angekündigten neuen Jahrbuches wird eine eingehendere Beschreibung der Gewerkschaften erfolgen und dabei besonders ihre finanzielle Leistungsfähigkeit gewürdigt werden.

Die Mitgliederbewegung der vorgenannten drei Gewerkschaftsgruppen der Arbeiter verlief seit 1913 bezw. 1918 wie folgt:

Jahr	ADGB. Mitgl. überhaupt	Christl. Gew. Mitgl. überhaupt	Deutsch. Gew. (H.-D.) Mitgl. überhaupt
1924	4 023 867	612 952	147 280
1923	5 806 612	806 992	216 497
1922	7 821 558	1 033 506	230 612
1921	7 751 589	1 028 900	224 597
1920	8 032 057	1 105 894	225 998
1919	7 337 477	1 000 770	189 831
1918	2 866 012	538 559	113 792
1913	2 525 042	341 735	106 618

Genossenschaftsbewegung

Wenn die Konsumvereine nicht wären.

Es ist eine alte und oft bestätigte Erfahrung, daß überall da, wo konsumgenossenschaftliche Verteilungsstellen eingerichtet werden, sich — sobald auch nur das Gerücht von dem bevorstehenden Ereignis auftaucht — allgemein recht beachtliche Preisherabsetzungen im Kleinhandel feststellen lassen, und daß andererseits stets, sobald an einem Orte eine konsumgenossenschaftliche Warenabgabestelle aus irgendwelchen Gründen geschlossen werden muß, die Preise für lebensnotwendige Waren rasch und erheblich steigen.

Es ist erwiesen, daß die Preise in den Konsumvereinen niedriger sind als im privaten Kleinhandel; die Ermittlungen des Reichsstatistischen Amtes und weiterhin u. a. auch des Landesstatistischen Amtes für den Staat Hamburg haben den unwiderleglichen Beweis dafür erbracht. Die amtlichen Feststellungen des Statistischen Landesamtes Hamburg ergaben, daß der Konsum-, Spar- und Bauverein „Produktion" im letzten Jahre nicht 5 Prozent, sondern bei Berücksichtigung der Rückvergütung 10 bis 12 Prozent billiger war als die Konkurrenz. Eine Fülle von weiterem Beweismaterial dafür, daß die Preise der Konsumvereine allgemein, nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern unter denen des Kleinhandels liegen, enthält eine kürzlich erschienene Denkschrift des Internationalen Arbeitsamts in Genf; die Denkschrift befaßt sich mit der Frage der Verteilungskosten im Handel und bei den Genossenschaften und wird der Internationalen Wirtschaftskonferenz vorliegen. Dieses Material stammt zum Teil aus Erhebungen, die von Behörden oder unter ihrer Aufsicht durchgeführt wurden, zum anderen Teil liegen ihm einwandfreie private Erhebungen aus den Kreisen des Einzelhandels und der Konsumvereine zugrunde.

Die Konsumvereine dürfen aber nicht das selbstmörderische Bestreben haben, unter allen Umständen billiger zu sein als der private Einzelhandel. Preisunterbietungen — die Abgabe von einzelnen Waren unter Selbstkostenpreis, um Kunden anzulocken (Lockartikel) — erfordern, da ja kein Kaufmann mit Verlust verkaufen kann, entsprechende Ausgleichsaufschläge für andere Waren, was meist von den Hausfrauen, die wunder wie billig zu kaufen glauben, nicht beachtet wird. Wollte nun eine Konsumgenossenschaft — weil z. B. in ihrem Bezirk ein Händler Zucker, ein anderer Mehl, ein dritter Kakao, ein vierter, fünfter usw. je eine andere Ware als Lockmittel unter Selbstkostenpreis verkaufen — alle diese Waren zu demselben unter den Selbstkosten liegenden Lockartikelpreisen an ihre Mitglieder abgeben (und es gibt sogenannte Genossenschafter, die das allen Ernstes fordern!), so würde sie aus erklärlichen Gründen recht bald ihre Verteilungsstellen schließen müssen; das dürfte wohl auch einem schlechten Rechner ohne weiteres einleuchten.

Wollte die Geschäftsleitung eines Konsumvereins, wenn sie wirklich schwach genug wäre, pflichtwidrigerweise den ewig Unzufriedenen, den über zu hohe Konsumvereinspreise Nörgelnden nachgebend, den Konsumverein durch falsche Preispolitik seiner Lebenskraft berauben, würden das nicht nur die Mitglieder des Konsumvereins, sondern auch alle übrigen Verbraucher bald genug spüren, denn wo ein Konsumverein verschwindet, da hört auch sein preisregulierender Einfluß auf, da steigen die Preise.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Max Wilking 65 Jahre.

Das letzte lebende Opfer des Schröderprozesses ist Max Wilking, der jetzt als Schuhmacher in Gerthe bei Bochum lebt. Er wurde bei dem damaligen Prozeß zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt und saß diese Zeit auch unschuldig im Zuchthaus ab. Obwohl er in der Arbeiterbewegung nicht hervortrat, blieb er ihr doch treu bis auf seine alten Tage. Am 13. Januar vollendete er sein 65. Lebensjahr. Wir rufen ihm deshalb nachträglich noch zu diesem Tage ein Glückauf zu mit dem Wunsche, daß ihm ein ruhiger langer Lebensabend beschieden sein möge!

Volles Vertrauen.

Am Sonntag, den 9. Januar, fand in der Geschäftsstelle Hattingen eine Konferenz sämtlicher Funktionäre statt. Anwesend waren 120 Funktionäre. Nach einem Vortrag und Schlußwort des Kameraden Husemann wurde mit allen gegen vier Stimmen folgende Entschließung angenommen:

„Die heute im Lokale Vieth in Hattingen stattfindende Konferenz sämtlicher Funktionäre der Geschäftsstelle Hattingen spricht dem Vorstand des Bergarbeiterverbandes ihr volles Vertrauen aus."

✡

Auch das „Ruhr-Echo" nimmt in seiner Ausgabe vom 13. Januar Stellung zu der Konferenz. Das Resultat der Abstimmung über das Vertrauensvotum für den Verbandsvorstand scheint dem Berichterstatter doch viele Leibschmerzen zu machen. Ganz verschweigen konnte das „Ruhr-Echo" dasselbe nicht. Es hilft sich aber aus der Klemme mit folgendem Satz: „Bei der Abstimmung zeigte sich dann, daß 50 Kameraden dafür stimmten, 50 sich der Stimme enthielten und 5 Kameraden ihre Stimmen gegen die Entschließung abgaben."

Der Berichterstatter muß eine besondere Routine im Zählen haben, daß er das so schnell feststellen konnte. Wahr ist, daß die Abstimmung genau so vorgenommen wurde, wie es in solchen Konferenzen und auch in denen der Kommunistischen Partei üblich ist. Es mag wahr sein, daß einzelne Kameraden, wie es immer vorkommt, die Hand nicht erhoben haben, aber das bedeutet noch lange nicht, daß sich diese Kameraden der Stimme enthalten wollten. Wenn das „Ruhr-Echo" daraus den Schluß zieht, daß diese Kameraden vielleicht auf seiten des „Ruhr-Echo" stehen oder gegen den Vorstand eingestellt sind, so wollen wir dieses Vergnügen dem „Ruhr-Echo" überlassen. Im übrigen verlohnt es sich nicht, auf das Geschreibsel des „Ruhr-Echo" einzugehen. Die Funktionäre in der Geschäftsstelle Hattingen wissen, daß es bei uns vorwärts geht, auch in den Zahlstellen, wo der Verband durch die Quertreibereien der Kommunisten Schaden gelitten hat.

Konferenz der Betriebsräte von der Verwaltungsstelle Mörs.

Kampf gegen die Ueberarbeit. / Scharfe Zurückweisung der arbeiterschädigenden Kampfesweise der Kommunistischen Partei und Presse. / Vertrauen zum Vorstand des Bergarbeiterverbandes.

Die Betriebsräte des alten Bergarbeiterverbandes von den Schachtanlagen der Verwaltungsstelle Mörs am linken Niederrhein nahmen in einer am 8. Januar stattgefundenen Konferenz zur Wirtschaftslage und sonstigen Fragen des Bergbaues sowie der Arbeiterbewegung Stellung. Einleitend wies Kamerad Graßmann darauf hin, daß auch diese Konferenz dazu dienen solle, die Kameradschaftlichkeit untereinander und das Vertrauen zur Organisation zu fördern.

Von allen Schachtanlagen wurde über alle Vorkommnisse Bericht gegeben.

Von der Zeche Dickscherheide wurde berichtet, daß es dort Kameradschaften gibt, die 40 und noch mehr Schichten in einem Monat verfahren. Die bergpolizeilichen Verstöße des Arbeitgebers würden von der Aufsichtsbehörde zu wenig beachtet.

Auf der Zeche Diergardt I-II habe das Ueberschichtenunwesen solchen Umfang angenommen, daß der Betriebsrat bei der Verwaltung energisch dagegen protestiert habe. Die Betriebsleitung habe sich zunächst an den Protest nicht gestört, sondern dem Betriebsrat erwidert, wenn er den Kampf gegen die Ueberschichten nicht einstellte, passierte ihm noch etwas anderes. Die Bergbehörde, die dann von der Betriebsvertretung angerufen wurde, habe sofort eingegriffen und das Vorgehen der Zechenverwaltung in der Ueberschichtenfrage verurteilt. Wie weit das Uebel bereits eingerissen war, wurde im folgenden gezeigt: Eine Kameradschaft in der Schüttelrutsche verfuhr am ersten Tag einer Woche eine Doppelschicht. Am zweiten Tag wollte sie wieder doppelt machen, aber der Beamte duldete es nicht. Am dritten und vierten Tag wurde dann wieder doppelt gemacht, so daß innerhalb vier Tagen drei Doppelschichten verfahren wurden. Als ein Beamter bei der Gehaltszahlung das Geld für seine verfahrenen Ueberschichten vermißte, wurde er dieserhalb bei der Verwaltung vorstellig. Hier wurde ihm gesagt: „Jawohl, wenn Sie die Bezahlung für die gemachten Ueberschichten verlangen, erhalten Sie sie auch. Aber merken Sie sich das: wir können billigere Arbeitskräfte bekommen." Mit Holz und sonstigem Material wird allzu sparsam umgegangen, so daß sehr oft der Betrieb darunter leidet.

Auf der Zeche Mevissen vertritt der Herr Obersteiger die Auffassung, daß so viele Ueberschichten gemacht werden dürfen, als es der Verwaltung und der Belegschaft beliebt. Dieser gute Mann scheint nichts von den gesetzlichen Verordnungen und Bestimmungen zu wissen. Lehrhauern, die schon den vollen Lohn bezogen, hat man dann 10 bis 20 Prozent weniger gezahlt. Den Tagesarbeitern wird die Schicht am Tage vor Feiertagen nicht als volle Schicht bezahlt. Also auch auf tariflichem Gebiet scheint diese Verwaltung die maßgebenden Bestimmungen nicht zu kennen.

Von den Rheinpreußenschächten wird berichtet, daß durch das Schüttelrutschensystem jeder Arbeiter bis zum äußersten bei der Arbeit angespannt wird. Die Rutschenbetriebe sind in der Regel alle mit drei Trizeln belegt, wovon die erste Schicht ein bestimmtes Quantum Kohle herausnimmt, die zweite die Hohlräume ausfüllt und die dritte Schicht die Rutschen umlegt. Jede Schicht, die für sich ein besonderes Gedinge hat, muß nun mit ihrer aufgegebenen Arbeit fertig werden, koste es was es wolle. Beim Rutschenumbau passiert es sehr oft, daß dieselben bis fest an den Kohlenstoß gelegt werden, so daß die Kameraden der Kohlenschicht durch die hochgezogene Rutsche in ständiger Gefahr schweben, von derselben erfaßt zu werden. Mehrere Betriebsunfälle sind auf diese Weise schon entstanden. Die Arbeiter bezw. die Betriebsvertretung hat auf diese Unfallgefahr wiederholt hingewiesen und verlangt, daß zwischen Kohlenstoß und Rutsche mindestens ein Raum von 70 cm frei bleibt, um den betreffenden Arbeitern das Arbeiten zu ermöglichen. Für die Bergbehörde ergibt sich auch hier ein Tätigkeitsfeld, Unglücksfällen vorzubeugen. Eiserne Stempel gelten hier als Gezähe und müssen bei Verlust bezahlt werden. Pensionäre und Invaliden werden einfach ohne Kündigung entlassen. Die bergpolizeilichen Vorschriften werden von der Verwaltung nicht so beachtet, wie es der Sicherheit des Betriebes entspricht. Im Anfang dieses Jahres ist auch hier eine Zechenzeitung, betitelt: „Die Schüttelrutsche", herausgegeben. In der ersten Nummer werden alle Belegschaftsmitglieder aufgefordert, daran mitzuarbeiten, nur dürfen sie nicht eine zu spitze Feder führen, wenn dieselbe kratzt und verletzt.

Von Dickscherheide wird darüber geklagt, daß die Betriebsleitung den ablehnenden Bergarbeitern den Hauerschein verweigert. Nasse Arbeiten werden hier nicht nach Tarif bezahlt. Schriftlich abgeschlossene Gedinge werden von der Verwaltung nicht ordnungsmäßig gekündigt.

Auf Friedrich Heinrich werden Gedinge einschließlich sämtlicher Reparaturarbeiten abgeschlossen, die meistenteils zu ungunsten der Arbeiter ausfallen.

In der gemeinsamen Aussprache wurde immer wieder betont, daß alle diese Mißstände nur durch eine starke geschlossene Organisation behoben werden können. In der Arbeitszeit- und Lohnfrage soll alles geschehen, um zum gesteckten Ziele zu gelangen.

Im weiteren Verlauf der Konferenz wurde der unfaire Kampf der Kommunistischen Partei gegen die freien Gewerkschaften, insbesondere die Schreibweise der Zeitungen, vor allen Dingen des „Ruhr-Echo" und dessen Ablegern, scharf kritisiert und auf das allerschärfste verurteilt. Besonders der Leitartikel mit der Illustration in Nr. 3 vom 5. Jan. im „Ruhr-Echo" und in der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung" sei so niederträchtig, daß jedem ehrlichen Arbeiter beim Anblick dieser Nummern der Ekel ankommen und die Zornesröte ins Gesicht steigen muß. Es wurde ausdrücklich festgestellt, daß entgegen der Schreibweise der kommunistischen Presse auf Diergardt I-II kein Mitglied des Verbandes in letzter Zeit ausgeschlossen ist. Wie einst im Altertum ein Thersites und ein Herostratos durch ihre Lästerungen und verbrecherische Zerstörungswut sich eine traurige Berühmtheit schufen, so habe das „Ruhr-Echo" mit diesem Schurkenstreich sich das Mal der Schande selbst aufgedrückt. Auch die kommunistischen Betriebsräte bedauerten in der Konferenz die Schreibweise ihrer Parteipresse. Sie hätten schon wiederholt innerhalb der Partei dagegen Stellung genommen, aber bis jetzt vergebens. Am Schlusse der Konferenz wurde dann folgende Entschließung mit 18 gegen 7 Stimmen angenommen:

„Die am 8. Januar im Lokale Krause tagende Betriebskonferenz des alten Verbandes vom linken Niederrhein, Kreis Mörs, nimmt in scharfer Weise Stellung gegen die Schreibweise der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung", besonders gegen die illustrierte Titelseite der Nr. 3 vom 5. Januar 1927. Die Konferenz ist der Auffassung, daß es jedem proletarischen Empfinden widerspricht, in dieser Form gegen den Vorstand des Bergarbeiterverbandes, dessen Angestellte und Funktionäre vorzugehen. Mit Agitation ist solche gehässige, niederträchtige Art und Weise nicht mehr in Einklang zu bringen. Die Konferenz bedauert aufs tiefste, daß eine Presse, die sich auch Arbeiterzeitung nennt, solch arbeiterschädigendes Verhalten an den Tag legt. Sie bekundet ausdrücklich, daß der Vorstand nach bestem Wissen und Können das Wohl und Wehe der Bergarbeiter im Auge behalten und alles mögliche angewandt hat, die Lebensexistenz der Bergarbeiter zu heben. Die Konferenz spricht dem Vorstand das Vertrauen aus."

Die kommunistischen Betriebsräte waren bereit, für die Resolution zu stimmen, wenn der Passus, der dem Vorstand das Vertrauen ausspricht, gestrichen würde. Persönlich, so wurde erklärt, seien auch sie überzeugt, daß der Vorstand seine Pflicht getan hat, aber sie dürften es nicht öffentlich bekunden, weil sie sonst mit ihrer Partei in Konflikt gerieten. Wäre der Teil der Konferenz, der wegen der vorgerückten Stunde schon abwesend war, bei der Abstimmung zugegen gewesen, so wäre das Resultat für den Verband noch besser ausgefallen.

Auch diese Konferenz hat bewiesen, daß trotz aller kommunistischen Verleumdungen der Bergarbeiterverband und dessen Leitung das Vertrauen seiner Mitglieder besitzt.

Der Arbeitsmarkt im Ruhrgebiet.

Das Wirtschaftsjahr 1926 ließ zu Beginn eine Dauerkrise auf dem Arbeitsmarkt erwarten. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen war am 1. Januar 1926 im Bezirk des Landesarbeitsamtes Westfalen und Lippe mehr als dreimal so hoch wie im Vorjahr (158 000 zu 50 200). Die nächsten Monate brachten eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes und erst als Mitte März mit 203 500 Erwerbslosenunterstützungsempfängern der Höhepunkt erreicht war, trat allmählich eine langsame Besserung ein, die zunächst lediglich auf Saisoneinflüssen (Landwirtschaft, Industrie der Steine und Erden, Hoch- und Tiefbau) beruhte. Der im Mai einsetzende Bergarbeiterstreik hatte zunächst auf den Arbeitsmarkt keinen Einfluß, da die außergewöhnlich großen Haldenbestände eine Befriedigung der gesteigerten Nachfrage ohne Arbeitereinstellung ermöglichten. Es konnten jedoch bald die zahlreichen Feierschichten ausfallen. Erst allmählich war dann der Bergbau für neue Arbeitskräfte aufnahmefähig, er konnte seine Belegschaft bis zum Jahresschluß um fast 40 000 Arbeitskräfte vermehren. Diese günstige Entwicklung des bergbaulichen Arbeitsmarktes zeitigte auch Rückwirkungen bei der eisenschaffenden Industrie, die ihre Erzeugung von Januar bis Dezember um 50 Prozent steigern konnte. Mit dieser Steigerung ging Hand in Hand die fortschreitende Rationalisierung, die eine Belegschaftsvermehrung im gleichen Umfange verhinderte. Auf die eisenverarbeitende Industrie wirkten der englische Bergarbeiterstreik, die vermehrte Roheisen- und Rohstahlerzeugung und die fortschreitende Rationalisierung insofern günstig ein, als vermehrte und verbesserte Erzeugungsmöglichkeiten neue Aufträge brachten, die wiederum zu Neueinstellungen von Arbeitskräften und damit zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes in diesen Industrien führte. Das an sich vom Frühjahr bis Herbst gut beschäftigte Baugewerbe hatte auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung große Hoffnungen gesetzt, die indes bisher nur in ganz geringem Maße sich verwirklicht haben. Einmal ist das Arbeitsbeschaffungsprogramm reichlich spät herausgekommen, dann erforderte die Durchführung recht umfangreiche Vorarbeiten und endlich scheint die Möglichkeit, durch konjunkturpolitische Maßnahmen die wirtschaftliche Entwicklung zu beeinflussen, sehr gering.

Die immer noch geringe Kaufkraft der Bevölkerung wirkte sich für die Verbraucherindustrien in einem teilweisen Leerlauf aus. Am deutlichsten zeigt sich dies in der Textilindustrie, die bis zur Jahresmitte immer noch Betriebsstillegungen und Einschränkungen durchführen mußte. Die Belebung in den Erzeugungsindustrien gestattete bisher zurückgestellte Neuanschaffungen, die wiederum zu Aufträgen an die Verbraucherindustrien führten. Infolgedessen konnte in diesen Industrien zunächst die umfangreiche Kurzarbeit beseitigt und darüber hinaus auch zu Neueinstellungen geschritten werden.

Vielfach ist die optimistische Anschauung verbreitet, daß das vom Ausland hereingekommene Geld wesentlichen Anteil an der Besserung des Arbeitsmarktes trüge. Ohne Zweifel hat die Großindustrie zum Teil durch diese Auslandsanleihen die Möglichkeit bekommen, langfristige Aufträge zu übernehmen und somit neue Arbeitskräfte zu beschäftigen bezw. Entlassungen zu vermeiden. Ein wesentlicher Einfluß dieses Auslandsgeldes auf dem Arbeitsmarkt war aber nicht erkennbar.

Das neue Jahr hat im Bergbau insofern ungünstiger begonnen, als sich leider erste Anzeichen einer rückläufigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wieder bemerkbar gemacht haben. Auf zwei Zechen des südlichen Randgebietes (Caroline und Alter Hellweg) sind Kündigungen wegen Absatzmangels ausgesprochen worden. Wenn es sich hierbei auch zunächst nur um Einzelerscheinungen, die durch besondere Umstände bedingt sind, handeln dürfte, so deuten diese immerhin auf eine sich verändernde Lage im Ruhrkohlenbergbau hin, mit der ja nach Beendigung des englischen Bergarbeiterstreiks gerechnet werden mußte. Jedoch braucht wohl vorerst nicht befürchtet zu werden, daß eine wesentliche Verschlechterung der bergbaulichen Arbeitsmarktlage des Ruhrgebietes eintreten wird.

Mitteldeutschland.

Protestresolutionen auf Bestellung.

„Der Bergarbeiterverband hat die Kumpels verraten!" So klingt es in allen Tonarten durch die kommunistische Presse. Den Beweis für seine Behauptungen führt der „Klassenkampf" durch angeblich aus Bergarbeiterkreisen kommende Briefe und Resolutionen von Zusammenkünften, die höchste Entrüstung markieren sollen. In Wirklichkeit stehen die organisierten Bergarbeiter in mustergültiger Disziplin zu den Beschlüssen ihrer Organisation und der maßgebenden Konferenzen. Das paßt dem Halleschen „Klassenkampf" nicht, er braucht für seine Zwecke die tägliche Zwietracht. Die dem „Klassenkampf" notwendig erscheinende Unzufriedenheit der Arbeiter mit dem Bergarbeiterverbande muß daher erst von diesem herausgefordert und fabriziert werden.

Es vergeht fast kein Tag, an dem der „Klassenkampf" nicht die Gewerkschaftsführer und ihre Gewerkschaftstaktik glossiert und herunterreißt. Und immer stützt er sich angeblich auf die Stimmung der Arbeiter aus den Betrieben. Auch bei dem letzten Arbeitskampfe war es so. Es hagelte im „Klassenkampf" förmlich von Unzufriedenheitsbezeugungen der Arbeiter gegen ihre Gewerkschaften.

Niemand in Bergarbeiterkreisen Mitteldeutschlands kümmert sich um die Meinung der KPD. in Gewerkschaftsfragen. Aber jeder weiß, daß die zeitweise Einflußlosigkeit der Gewerkschaften nur eine Folge der kommunistischen Wühlarbeit gegen die Gewerkschaften war. Diese Zeiten sind vorüber. Die Gewerkschaften sind ohne die Mithilfe der KPD.-Leitung wieder aufgebaut und gewinnen täglich an Einfluß, während die KPD. sich täglich mehr durch ihre unsinnige Verhetzungstaktik dezimiert. Deshalb wenden sich die Arbeiter von der KPD. ab und verzichten auf deren gewerkschaftliche Ratschläge.

Dieser Zustand scheint die politische und gewerkschaftliche Existenznotwendigkeit der KPD. und ihres Hetzorgans in ihren angeblichen „Grundfesten" schwer zu erschüttern, denn die Redaktion des „Klassenkampf" sieht sich veranlaßt, zu Maßnahmen zu greifen, die im völligen Gegensatz zu ihrem bisherigen großen Geschrei steht.

Wie groß und tiefgehend die Einflußlosigkeit der KPD. und des „Klassenkampf" geworden ist, beweist am deutlichsten ein vertrauliches Schreiben der „Klassenkampf"-Redaktion an ihre Berichterstatter. Wir lassen es im Wortlaut folgen:

„Redaktion des „Klassenkampf"
Halle a. S. Halle, den 5. 1. 27.

Werter Genosse! **Wo bleiben die Berichte über Protestresolutionen Deiner Belegschaft und BAV.-Zahlstelle gegen die Haltung des BAV. und der Resolution der hallischen Konferenz?** Der „Klassenkampf" muß überschüttet werden mit solchen Nachrichten. Macht Ihr von der dortigen Partei aus etwa keine Kampagne? Dringende Antwort unbedingt erforderlich.

Mit komm. Gruß
Redaktion des „Klassenkampf", Halle a. S."

Also hier wird klipp und klar eine kommunistische Parteikampagne gefordert, die sich nicht etwa gegen das reaktionäre Scharfmachertum des Bergbaues, sondern gegen eine freie Organisation, den Bergarbeiterverband, richten soll. Draußen versucht man, die Belegschaften mit von der KPD. fabrizierten Resolutionen gegen ihre eigenen Organisationen aufzupeitschen. Eine bodenlosere Heuchelei als ihre Behauptung, die KPD. sei die stärkste Werberin für die Gewerkschaften, läßt sich wohl kaum ausdenken. Damit ist einwandfrei festgestellt, daß es der KPD. nur darauf ankommt, die gewerkschaftlichen Organisationen in ihren heutigen Bestrebungen zu zersetzen und zu politischen Zwecken umzuformen. Besser als durch ihr eigenes vertrauliches Rundschreiben konnte wirklich niemand die höchste Ueberflüssigkeit dieses Bolschewistenorgans bezeugen.

Die mitteldeutschen Bergarbeiter werden — dessen kann sie sicher sein! — die „Klassenkampf"-Redaktion zwar nicht mit Protestresolutionen gegen ihre eigenen Organisationen, aber mit Flüchen für die verbrecherische Art solcher „Klassenkampfpolitik" überschütten. Diese Selbstentlarvung glossiert am besten die ganze Hohlheit der kommunistischen Phrasenhelden.

Die Bergarbeiter werden zu verhindern wissen, daß diese Leute und ihre Lehren ein zweitesmal eine erfolgreiche Gewerkschaftsbewegung zertrümmern können.

Zweierlei Maß.

Wir wir bereits in einer früheren Nummer der „Bergarb.-Ztg." berichteten, hat ein vom Reichstag eingesetzter Untersuchungsausschuß zu den 750 Millionen Mark Ruhrentschädigung Stellung genommen. Der Ausschuß hatte das Forderungsrecht der Ruhrindustriellen und die Höhe einer evtl. berechtigten Entschädigungsforderung zu prüfen. Es kam zu einem Urteile, welches die Befürchtungen, daß die Entschädigungen in der geleisteten Höhe unberechtigt waren, durchaus bestätigt. Nach dem Urteil des Ausschusses müßte also die Ruhrindustrie die überbezahlten Beträge zurückgeben, da sie dieselben zu Unrecht empfangen hat. Es scheint aber leider nicht möglich zu sein, die Ruhrindustrie zur Zurückzahlung eines Teiles der geleisteten Entschädigungen zu zwingen. Diese erhielt also eine gewaltige Subvention aus öffentlichen Mitteln. Nimmt man nun hinzu, daß das Jahr 1926 ein Rekordjahr für die Ruhrindustrie war, und infolge des englischen Bergarbeiterstreiks hier sehr viel verdient wurde, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß diese Industrie trotz der allgemeinen Krise in glänzender Verfassung sich befindet.

Daß es auch anders geht, zeigt ein Vorkommnis, auf das der Kollege Gustav Link, langjähriger Arbeitersekretär in Berlin, in einem „Offenen Briefe" an den Reichsarbeitsminister aufmerksam machte. Diesem Tatbestand lag folgendes zugrunde:

Durch Gesetz vom 25. Juni 1926 ist eine Aenderung in der Reichsversicherungsordnung eingetreten, die alle Vergünstigungen, die den Verletzten und deren Angehörigen durch das Gesetz vom 13. Juli 1923 gewährt waren, aufgegeben hat. Nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 13. Juli 1923 hatte der Verletzte sowie seine Hinterbliebenen Anspruch auf die volle Unfallrente und daneben auch auf die Invalidenrente, selbst dann, wenn beide Rentenarten aus demselben Versicherungsfall erwachsen waren.

Die Vergünstigungen für die Rentenbezieher waren nicht von langer Dauer. Durch das eingangs erwähnte Gesetz sind die Vergünstigungen in der RVO. durch Artikel 7 aufgehoben. Artikel 7 bestimmt, daß vor dem § 1312 DRVO. folgende Vorschriften eingefügt werden: „Ist die Invalidität Folge eines entschädigungspflichtigen Unfalls, so ruht der Teil des Grundbetrages der Invalidenrente, der dem vom Versicherten bezogenen Teile der Vollrente aus der Unfallversicherung entspricht. Ist der Tod des Versicherten Folge eines entschädigungspflichtigen Unfalls, so ruht neben der Rente aus der Unfallversicherung der Grundbetrag der Hinterbliebenenrente aus der Invalidenversicherung." Weiter kommt § 1311 b in Frage, da heißt es: „Neben reichsgesetzlichen Unfallrenten ruht die Witwen- und Witwerrente, soweit die Gesamtbezüge 50 Prozent, die Waisenrente, soweit die Gesamtbezüge 20 Prozent des nach § 1311a maßgebenden Jahresarbeitsverdienstes übersteigen." Das ist nun Gesetz geworden, daran ist einstweilen nichts zu ändern. Indes, es ist ein Skandal, daß die Rentenempfänger unter dem Bureaukratismus der Landesversicherungsanstalten leiden mußten. Anstatt daß diese den Rentenempfängern

nach dem Inkrafttreten des Gesetzes davon Mitteilung machten, haben sie den Rentenempfängern die Rente weitergezahlt, in vielen Fällen einschließlich November. Einige Tage vor Weihnachten erhielten zahlreiche Witwen und Waisen Bescheid, daß die zuviel gezahlten Beträge zurückzuzahlen sind. Bei den Witwen und Verletzten sollten die zuviel gezahlten Beträge in Höhe von 50 bezw. 70 Mk. von der Rente einfach einbehalten werden. Von der Waisenrente sollten rund 20 Mk. zum Abzug gelangen.

Der Reichsarbeitsminister war einsichtig genug, den Abzug vor Weihnachten zu verhindern, und auch in Zukunft soll ein Abzug der zuviel gezahlten Rente nicht mehr erfolgen. Die Wirkung, die der „Offene Brief" von Link gehabt hat, ist zweifellos zu begrüßen. Doch wenn auch von den Sozialrentnern nichts mehr zurückgefordert werden soll, so ist doch bezeichnend, wenn man die Ruhrindustrie mit den Opfern der Arbeit in Parallele stellt. Bei den Ruhrindustriellen, die eine gewaltige Summe auf einem Brett ausgezahlt bekamen, soll es von vornherein unmöglich sein, etwas zurückzuerhalten. Bei den armen Sozialrentnern, die durch ihre Rente kaum das nackte Leben fristen können, hielt man die Zurückzahlung der angeblich zuviel erhaltenen Summen für durchaus möglich, sogar vor Weihnachten.

So ging es hier und so geht es dort. So werden in Deutschland Menschengruppen verschieden behandelt. Allerdings ist es auch ein Unterschied, wenigstens nach landläufigen Spießbürgerbegriffen: Dort handelt es sich um machtvolle Persönlichkeiten und eine Subvention von 750 Millionen Mark; hier handelt es sich um arme Teufel, die ihre Gesundheit auf dem Schlachtfelde der Arbeit opferten. Wir sind jedoch der Meinung, daß jeder Deutsche vor dem Gesetz gleich ist und die Ruhrindustriellen keineswegs mehr zu verlangen haben, als die Sozialrentner, im Gegenteil müssen letztere weit eher berücksichtigt werden als die reiche Schwerindustrie. Das Ganze ist ein Beweis dafür, daß auch in der Republik der Besitz weit mehr gilt als besitzlose Menschen, namentlich dann, wenn diese noch nicht einmal ihre Arbeitskraft mehr zur Verfügung haben. Die besitzlosen Massen können sich freuen, daß die Organe der Gewerkschaften darüber wachen, daß das winzige Recht, welches sie besitzen, gewahrt wird. Die beiden herangezogenen Vorfälle der letzten Zeit zeigen, wie unendlich viel noch zu tun ist, ehe in Deutschland gleiches Recht für alle gilt.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 4. Woche (vom 16. bis 22. Januar) fällig. Wir bitten die Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Teuchern. Die Mitgliederversammlungen finden regelmäßig jeden dritten Sonntag im Monat, abends 7 Uhr, im Gasthof „Zum grünen Baum" statt. Die Ortsverwaltung.

Adressenveränderungen.

Hamm-Nord. Der Kassierer Josef Kreul wohnt Höveler Str. 23. Krankengeld wird dort ausbezahlt.

Gelsenkirchen VI. Der Vertrauensmann Heinr. Hermsen wohnt Neuhüller Str. 19, der Kassierer Jos. Mergenthal Wanner Str. 117.

Bücherrevision.

Datteln. Vom 23. Jan. bis 5. Februar. Bücher bereit halten!

Kranzspendemarke.

Gelsenkirchen VI. Im Monat Januar müssen zwei Kranzspendemarken geklebt werden.

Schluß des redaktionellen Teils.

Bei **Grippe, Influenza**
u. a. Erkältungskrankheiten haben sich Togal-Tabletten hervorragend bewährt. Im Anfangsstadium genommen, verschwinden die Krankheitserscheinungen sofort. Lt. not. Bestätigung sind innerhalb 6 Monaten mehr als 1500 Gutachten allein aus Ärztekreisen eingegang., darunter v. namhaften Professoren u. aus ersten Kliniken u. Krankenanst. Überrasch. Erfolge! Fragen Sie Ihren Arzt! Togal ist in allen Apotheken erhältlich. Preis M. 1.40
12,5 Lith., 0,46 Chinin, 74,3 Acid. acet. sal. ad 100 amyl.

Die vielseitige Verwendung von MAGGI^s Würze
ist mancher Hausfrau noch unbekannt. Nicht nur Suppen aller Art sondern auch Gemüsen, Sossen und Salaten verleiht ein kleiner Zusatz feinen, kräftigen Wohlgeschmack.
Vorteilhaftester Bezug in grossen Originalflaschen zu RM 6,50. Achtung auf unversehrten Plombenverschluss.

Von Schlaflosigkeit und Nervenleiden befreit und wieder wie neugeboren!

Oeffentliche Dankschreiben:

Ihre Adresse habe ich von Herrn Karl Rittlinger erfahren. Dieser konnte **nicht mehr laufen und stehen, das habe ich selbst gesehen.** Er dokterte überall herum, es hat ihm viel Geld gekostet, aber alles war vergebens, bis ihm jemand geraten hat, er soll um **Ihren Herbaria-Nerventee** schreiben, und **es wurde von der Stunde an besser, und er kann jetzt wieder laufen und arbeiten.** Da ich durch einen Nervenschlag ebenfalls schwer nervenleidend wurde, bitte ich, mir Ihren Herbaria-Nerventee, vorerst zwei Pakete, ebenfalls zu senden. gez.: Andreas Dold.
Wittental, Post Ebnet (Hanisenhof), 18. 9. 1921.

Bestelle nochmals 3 Pakete Herbaria-Nerventee (blutstärkenden). Wir hatten schon mal 3 Pakete, **welche derart gut wirkten, daß wir denselben eigentlich nicht mehr benötigen,** aber trinken den Tee sehr gerne noch weiter. **Die Schlaflosigkeit und das Nerven- und Gemütsleiden ist schon verschwunden, ebenso der Angstzustand.** gez.: Fritz Hambrock.
Ettenbosten, Post Oberstolz (Hannover), 15. 12. 22.

Ihr Nerventee ist vorzüglich! Seit ich diesen Tee trinke, habe ich **jede Nacht gesunden, festen Schlaf und bin jeden Morgen wie neugeboren!** Senden Sie mir aber nochmals 1 Paket.
gez.: G. Hitzegard, Hamburg.

Einige Tausend ähnliche Dankschreiben sind uns ohne unser Zutun völlig freiwillig innerhalb 4 Jahren zugesandt worden, die wir aber der hohen Kosten wegen unmöglich alle abdrucken lassen können.

Diese wenigen Dankschreiben beweisen aber schon genügend, daß unser

Blutstärkender Philippsburger Herbaria-Nerventee

Nervosität, Nervenschwäche, Aufgeregtheit, Schlaflosigkeit, Angstzustände, Gliederzittern, Nervenschmerzen, Gesichts- und Gliederreißen, Migräne, Kopfschmerzen, Gedächtnisschwäche, Schwindelanfälle, üble Launen, Herzklopfen, nervöse Herz- und Magenschwäche hervorragend günstig beeinflußt und ein erstklassiges Nerven-Stärkungs- und Beruhigungs-Getränk ist, welches jeder Nervenkranke, jeder geistig und körperlich Ueberangestrengte zur Stärkung, Beruhigung und Wiederauffrischung seiner geschwächten Nerven an Stelle sonstiger Morgen- und Abendgetränke trinken sollte. Er besitzt einen hohen Gehalt an Spannkraft und Energie auslösenden Stoffen und wirkt ohne künstliche Reizung direkt **umstimmend.** Er hebt den allgemeinen Stoffwechsel, wodurch die Nerven mehr Nahrung finden, kräftigt das Blut, das Herz und den Allgemeinzustand, setzt die Erregbarkeit des Gehirnes und des Rückenmarks herab, befähigt das Gehirn zu erhöhter Leistung und leistet allen, welche anstrengende geistige und körperliche Arbeiten verrichten müssen, sich aber abgespannt, müde und arbeitsunfähig fühlen, unschätzbare Dienste. Seine vielen guten Eigenschaften verdankt dieser Tee dem glücklichen Mischungsverhältnis der bewährtesten nervenstärkenden und -beruhigenden Heilkräuter. Jeder Nervenleidende, welcher wieder gesund, frisch, leistungsfähig und jung werden will, nehme zu diesem Tee seine Zuflucht! Prospekt gratis. Paket 3 M, bei 3 Paketen Voreinsendung oder Nachnahme des Betrages.

Alleiniger Hersteller:
Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg N 401 (Baden).

Hersteller: Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg L 401 (Baden)
Altbestehendes Spezial-Heilkräuterunternehmen. — Lieferung aller in- und ausländischen Heilpflanzen. — Herstellung vieler anderen Spezial-Tees.

Direkt an Private zu sehr billigen Preisen: **Jagdrad-Fahrräder** sowie Fahrrad-Ersatz- u. Zubehörteile, Motorräder, Uhren, Gold-, Silber- u. Lederwaren, Haushaltungsgegenstände aller Art, Musikinstrumente, Geschenkartikel. **Burgsmüller-Waffen** wie Teschings, Revolver, Pistolen, Luftgewehre, Jagdflinten, Munition und Jagdausrüstungsgegenstände. Reichhalt. Katalog gratis u. franko. **H. Burgsmüller & Söhne** KREIENSEN am Harz Nr 21. 1876 50 1926

Alpacca-Silberbestecke poliert u. 90 Gramm versilbert mit Stempel, 25 Jahre Garantie, direkt an Private, 8 Tage zur Ansicht und **6 Monate Credit.** Fordern Sie Katalog u. Muster. **M. Haas & Co., Mettmann 18** (Rheinland). Fabrik feiner Tafelbestecke.

20 Meter Damenstoff erhält angefertigt wer 5 kg alte Wollsachen an die Wollweberei **Karl Schütz** Lardenbach 65 (Oberhess.) einsendet. od. 10 Meter Herrenstoff. Verl. Sie Muster portofr.

Alles zur Laubsägerei Sämtliche Hölzer, Werkzeuge, Vorlagen usw. liefert Kerbschnitt Holzbrand **J. L. Hahn, Maxdorf 9** (Pfalz). Preisliste gratis und franko.

Billige böhm. Bettfedern! Nur gutfüllende Sorten.

1 Pfd. graue geschl. M. 1,50, halbw. 2,—, weiße M. 2,50, bessere M. 3,— und 3,50, daunenweiche M. 4,— und M. 5,—, beste Sorte M. 6,— und M. 7,—, halbweiße ungeschlissene Rupffedern M. 3,—, weiße 3,75 u. M. 4,75, beste Sorte M. 5,50. Versand portofrei gegen Nachnahme, Umhüllung gratis, Muster frei. Rücknahme und Umtausch auf meine Kosten gestattet. **Benedikt Sachsel, Marburg, Lahn 381.**

Reine Gänsefedern mit Daunen ungerissene Pfd. 1.75, 2,50, 3,—, 5.—, 6.75 Mark, gerissene 3.50, 4,75, 5.60, 7.50 Mark. Zahlreiche Anerkennungen. Preisliste u. Muster frei. **W. Barownick,** Neu-Trebbin 17 (Oderbr.) Gänsemästerei.

Gebe kostenlose Auskunft, wie ich vor 3 Jahren in 2 Tagen, durch eine unschädliche, giftfreie Kur, schmerzlos von meinen Gallensteinen befreit wurde. Frau Wolmeyer, Köln, Bonner Str. 78/6.

! Sie hören die ganze Welt ! Wir liefern komplette ● **Radio-Anlagen** ● mit genauer Anleitung gegen **Teilzahlung** v. 1,50 RM **pro Woche** an. — Ferner **Musikinstrumente jeder Art, Jagdwaffen** und **Grammophone** gegen **Teilzahlung** von 1,— pro **Woche** an und kleine Anzahlung. **Schallplatten,** auch die neuesten Schlager, **0,50 RM Anzahlung.** Katalog gratis. **Fischer & Lembke** Berlin 241, Emdenerstr. 40

Hautheil 1000000 fach bewährt. Wirkt schnell, sauber, unschädl., gegen Flechten, Hautjuck., Pickel, Krätze, läßt Schweiß, Haemorrhoid., Beinschäd., Ausschlag, Schuppen. 75, 100, 150 Gr. Pack. M. 1.50, 2.-, 3.-. Auch Versd. :—: Bochum, Wattenscheid: Alte Apotheke. Essen: Löwen-Apotheke, Markt Nr. 9. Dortmund: Drog. Kruse Münsterstr. Nr. 33½. Hamm: Adler-Apotheke Markt 12. Oppeln: Stadt-Apoth. Gleiwitz: Mohren-Apotheke. Landesh. Drog. Geisler

Samen für Garten u. Feld, in neuer Ernte, bester Qualität (Katalog kostenlos) empfiehlt **W. Catterfeld** Saatzuchten-Quedlinburg

Wäschestoffe Strickwolle, Strümpfe, Tricotwaren, Schlafd., Kurzw. billig. Preisl. umf. **G. Rintelen,** Fabrik und Versand, Gräfelfing K 4 b. München.

Preiswert — Reell! Ia. deutsches **Schweineschmalz** Postkolli (9 Pfd.) Inhalt **Mark 9,—** porto- und spesenfrei gegen Nachnahme. **Christiansen & Skupin** Uetersen b. Hamburg 6.

Bienen-Schleuder-Honig gar. rein, beste Qualität, goldklar, 10 Pfund-Dose 10,50 Mk., halbe 6 Mk. frko. Nachn. 50 Pf. mehr. Garantie Zurücknahme. **Wilhelm Krieger,** Rietberg 20 (Westf.)

Gemüse- und Blumen-**Sämereien** äußerst preiswert und gut. Samenbau **Fritz Ballhorn,** Opperode bei Ballenstedt. Verlang. Sie kostenl. Preisl.

HONIG gar. reiner **Bienen-Blüt.-Schleuderhonig,** 10 Pfd.-Eimer Mk. 10,—, halber 5,75. Kein Risiko. Nichtgef. auf meine Kosten zurück. **Simons sen., Jüchen B 2** (Rhl.)

Bettnässen Befreiung sofort. Auskunft kostenlos. Alter u. Geschlecht angeben. **Dr. med. Heusmann & Co., Velburg A19** (Bayern)

Prüfet, wählt d. Beste! **Alles frei Haus!** Verpackung frei. **Holsteiner Käse** in Form **Edamer Ia.**
2 Kugeln (9 Pfd.) 5,95
9 Pfd. Holländerform 5,75
9 „ Tilsiterform . . 6,95
9 „ Limburgerkäse 7,75
9 „ Dän. Schweiz. 11,95
9 „ prima Holländer 8,95
9 „ echter Edamer 9,50
200 Harzerkäschen 5,30
5 Pfd. Tilsiterforml. u. 4 Pfd. Landmettwurst zus. 11,50
9 Pfd. Tafelmargarine . . . 6,95
35 kl. D. Oelsardin. 10,50
9 Pfd. feste Mettw. 14,95
ca. 5 kg. Eimer Pflaumen-Mus, ein Ia. 5,75
Postfaß Salzheringe 4,50
„ fette Matjesheringe . . . 5,95
ca. 10 Pfd.-Pak. m. 1 Kistch. Bücklinge, 1 D. Rollmops, 1 D. Geleeher., 1 D. Bismarckher., 1 D. Oelsard., alles zus. 5,75
E. Napp, Altona (Elbe) 52.

Qualitäts-**BETTEN** von Prima hochfein echtrot cst. Betthöper 1½ schläf. Großes Oberbett, Unterbett und Kissen mit 15 Pfd. zartweich. Federfüllung Mk. 34,50, 44,50, 54,50. Dasselbe Gebett mit 17 Pfd. Federfüllung und 2 Kissen Mk. 39,50, 49,50, 59,50.
Bettfedern zartweiche Füllfedern 95 Pfg., bessere Qualität 1,50, graue geschlissene F. b. rn 2,50, graue Halbdaune 3,25, weiße Halbdaune 4,75, extra aussortiert 6,50, graue Daune 8,50, weiße Daune 11,90 per Pfund. Große Steppdeck. n. alle Farben 16,50, 18,50, 22,—. Versand über ganz Deutschland. Muster u. Preisliste gratis. Nichtgefallend Umtausch oder Geld zurück, daher kein Risiko. Kasseler Bettenfabrik **A. & M. Frankrone Kassel Nr. 39.**

Schweinsköpfe mit dick., durchwachs. fleisch ger Backe
Postkolli n. 9 ℔ M 3,30
9 ℔ Schw.Kleinfl. M 4,20
Bahnküb. n. 30 ℔ M 13,50
9 ℔ Euter-Rchfl. M 4,95
Billiger Qualitäts-**Käse**
9 ℔ gelbe Broden M 4,60
9 ℔ rote Kugeln M 4,60
9 ℔ Tilsiter . . . . M 7,90
9 ℔ dän Edamer M 8,55
9 ℔ d. Schweizer M 10,70
200 Stck. Harzer M 4,40
9 ℔ Pflaum.-Mus M 4,40
ab Nortorf — Nachn. **CARL RAMM,** Nortorf (Holst.). 83 A

Toil.-Seife 24 Stck. 1,73 M. Strickwolle 100 gr 75 Pf. Schlafdecken Stck. 1,85 M. Schuhriemen 100 P. 2,45 „ Preisliste frei. **M. Grossmann,** München 47, Lindwurmstr. 71

Stadt. AENHAUS L. C. KAHL FRANKFURT MAIN 4 RATGEBER Mein neuer Ratgeber für 1927 ist erschienen. Der Ratgeber ist 136 Seiten stark mit vielen Abbildungen und ausführlicher Beschreibung über Art und Kultur von Gemüse- u. Blumensamen. Er enthält außerdem die neusten Preise und steht Ihnen kostenlos zu Diensten. SAMENHAUS L. C. KAHL FRANKFURT MAIN 4

Reklamepreis nur Mk. 4,00 kostet die echte deutsche Herren-Ankeruhr Nr. 52, stark vernickelt, ca. 30stündiges Werk, genau reguliert . . . nur M. 4,00
Nr. 53 Dieselbe mit Scharnier . . . nur M. 4,50
Nr. 51 Dies. echt versilbert, mit Goldrand u. Scharnier nur M. 5,00
Nr. 55 Dieselbe mit besserem Werk . . . nur M. 6,50
Nr. 58 mit Sprungdeckel, ganz vergoldet . . . nur M. 12.80
Nr. 39 Damenuhr, versilbert, mit Goldrand . . . nur M. 7,50
Nr. 79 Dies., kleine Form, nur M. 10,00
Nr. 81 Dieselbe, echt Silber, 10 Steine . . . nur M. 20,00
Nr. 47 Armbanduhr mit Riemen . . . nur M. 8,00
Nr. 44 Dieselbe mod. viereckige Form, mit besserem Werk nur M. 12,00
Wecker, Ia. Messingwerk . nur M. 3,50
Metall-Uhrkapsel . . . nur M. 0,25
Panzerkette, vernickelt . nur M. 0,50
„ echt versilbert nur M. 1,50
„ echt vergoldet nur M. 2,00
Golddoublekette . . . . M. 5,00

Nachtsleuchtend nur M. 0,40 mehr
Garantie für jede Uhr. Von den Uhren verkaufe ähnlich ca. 10000 Stück
Uhren-Klose, Berlin SW, 141. Zossener Strasse 8.

Beste deutsche Bezugsquelle für **billige böhmische Bettfedern** 1 Pfd. graue geschlissene M. 0.80 u. 1.—, halbweiße M. 1.20, weiße, flaumige M. 2.—, 2.50 u. 3.—, Herrschaftsschleiß M. 4.—, bester Halbflaum M. 5.— u. 6.—, Daunen, weiß M. 7.—, hochfeine M. 10.—, zollfrei gegen Nachnahme, von 10 Pfund an postfrei. — Umtausch gestattet oder Geld zurück. — Ausführliche Preisliste und Muster kostenlos. **Rudolf Blahut,** Bettfedernexporthaus, **Deschenitz 119** (Böhmen).

Schletzer Käse Tisch.-Edamer 9 Pfd. 4,65, Tilsit. i. Stan. 20% 9 „ 6,30, Feinst. dän. Tafelkäse 20% 9 Pfd. 8,55, Dän. Schweiz 30% 9 „ 10,70, 200 Harz. Käse ca. 7 „ 4,40, 10 Pfd. Eimer Preißelbeeren . . . 5,50, 5 Pfd. K. Fett-Bücklinge 2,20, 9 Pfd. holst. Landmettwurst . . . 14,60 ab hier Nachn. **C. Schletzer & Co., Hamburg 69** Große Reichenstr. 9

Blüten-Schleuder-Honig (garantiert rein). 10-Pfd.-Eimer, franko, Nachnahme Mk. 11,—. Zurücknahme garant. **Heidehof Brock Nr. 12** Honigversand PostSoltau 6 (Lüneb H.)

Alte Wollsachen werden zu eleganten, dauerhaften Herrn- und Damenkleiderstoffen Loden usw. billigst umgearbeitet in der Mechanischen Wollweberei **Karl Rühl,** Laubach 38 Oberhessen. Verlangen Sie Muster gratis und franko.

Keinem Arbeiter sollte in seinem Heim eine Schwarzwälder Kuckucksuhr fehlen. Ich liefere: solche, Höhe 30 cm, prachtvoll geschnitzt, solid und dauerhaft gearbeitet, mit Ia. Messingwerk, halbstündlich einmal und stündlich die volle Stundenzahl „Kuckuck" rufend, für **nur RM. 11,00 per Stück** gegen Nachnahme. Porto und Verpackung werden nicht berechnet. Zahlreiche, freiwillige Dankschreiben. **Erich Lutz, Leipzig C 1,** Elsaßstraße 6.

Lustige Gesellschaft steckt an! Sie finden sie in unserem **Lustigen Buche des Humors.** Dasselbe enthält die kapitalsten neuesten Witze, Vorträge u. Couplets. Sie werden sich totlachen. Sie können überall tosende Lachsalven hervorrufen! Dieses Buch schafft Ihnen viele Stunden der Lust und Laune und macht Sie zum beliebtesten Gesellschafter. Preis Mk. 1,60. **Kongress-Verlag, Abt. 109, Dresden A, Marschallstr. 27.**

Fischmarinaden feinste, täglich frisch, je eine Dose **Rollmops, Bratheringe, Heringe in Gelee, Bismarckheringe** zus. 9 Pfd. **4,90 M.** Nachnahme frei Haus. Preisliste gratis. **„Elbe"-Fischvertrieb Hamburg 37 H.**

Edel-Honig allerfeinster goldgelber reiner Qualität, 10 Pfd. Eimer M. 11.—, 5 Pfd. Eimer M. 6.50 franko Nachnahme. Probepäckchen 1½ Pfd. netto, n. geg. Voreinsdg. Mk. 1.60. **Pundsack, Lehrer a. D. Hude 135 i. Oldbg.**

Heimarbeit vergibt P. Holfter, Breslau Hb

Die ideale Bettfüllung echt chines. (ges. gesch.) **Monopoldaunen** per Pfd. M. 8.50, 3-4 Pfd. zum Oberbett. Versd. geg. Voreinsdg. d. Betr. a. Postscheckkonto Berlin 25140 od. per Nachn., Proben u. Preisliste portofrei. **Bettfedern-Fabrik Gustav Lustig** Berlin 1, Prinzenstr. 46. Größtes Bettfed.- u. Betten-Sp.-Gesch. Dtschl.

Kammgarnwolle per Pfd. Mk. 2,90 **Loden** 1,75 Mk. Wollspinnerei **Tirschenreuth** Bayern. Vertreter gesucht.

Kugelkäse 1. Qual., 2 Stck. = 9 Pfd. 4,50 M., 200 Ia. Harzer 4,40 M. ab hier Nachn. **Käse-Fischer,** Nortorf i. H. Nr. 75.

Gar. rein Bienen-Blüten-Schleuder-**Honig** Ia. Qualität 10 Pfd.-Dose Mk. 10.— frk. 5 Pfd.-Dose Mk. 5.50 „ Nachnahme 30 Pfg. mehr. Propagandapäckch. M. 1.70 franko bei Voreinsendung. Gar. Zurücknahme. **Lehrer i. R. Fischer,** Oberneuland 208 bei Bremen

Ziehung 11. u. 12. Febr. **Marienburger Geld-Lotterie** 4867 Gew. i. bar o. Abz. Mk. **130000** **75000** Haupt-gew. **50000** **25000** Lose à Mk. 3,00. Porto u. Liste 35 Pfg. extra, empf. und vers. — auch unter Nachn. **Emil Stiller Nfg.** Bankhaus Hamburg Holzdamm 37. Baldige Bestellung erwünscht

Ludwigs-Breuer Tabakfabrik Köln gegr. 1779 empfiehlt ihre 150 Jahre alte Marke **Breuer's Strangtabak**

Feinstes Tafel-**Pflaumenmus** garantiert rein aus Pflanzen und Kristallzucker eingekocht.
10-Pfund-Goldblech-Eimer, Postkolli, 3,75 Mk.
10 „ Emaille- „ „ 4,50 „
25 „ Goldblech- „ „ 8,50 „
28 „ Emaille- „ *) „ 10,50 „
*) Diese Eimer werden in einem Holzgestell gel.
ff. Preißelbeeren, tafelfertig mit Zucker, 10-Pfund-Eimer 6,— Mk.
ff. Rübensaft, beste Qual. 10-Pfd.-D. 2,75 „
Preise ab hier gegen Nachnahme oder Vorkasse auf Postscheckkonto 841 Magdeburg.
Heinr. Eckstein, Magdeburg Nr. 117 Moderne Pflaumenmusfabrik. — Gegründet 1901

Koffer-Schlagzeuge von Mark 17,50 an.

Banjos, Effekt-Instrumente, Jazz-Pauken, Posaunen und Trompeten in gr. Ausw. zu bill. Preisen. Preisliste frei. **F. A. GLASS-MAGISTER Klingenthal-Sachsen 36.** Gegründet 1864.

Fahr- u. Motorräder Näh- u. Sprechmaschinen Auf Teilzahlung, auch ohn. Anzahlung. Monatsraten von **5 Mk. an** Billigste Preise! Verlangen Sie Katalog Nr. 86. **Ingenieur Arthur Schlosser** Breslau 3 Postschließfach 23. Lohnend. Nebenverdienst durch Kundenzuführung

Hausfrauenplauderei

von Frau H.

Ist es wirklich denkbar, daß es in dieser Zeit der fortgeschrittenen Technik noch Leute gibt, die ihre Wäsche mit der Hand waschen, die von morgens früh bis abends spät am Waschfaß stehen und reiben und waschen, bis ihnen die Hand wund und der Rücken lahm ist? Gehörst vielleicht auch Du, liebe Hausfrau, die Du dieses liesest, zu den geplagten Menschen, dann komm einmal mit und siehe zu, wie wir es machen.

Hier sind wir in unserem Waschkeller, und dort steht das Ding — die elektrische Miele-Waschmaschine —, die mir das Leben erleichtert und sogar aus dem Waschtag einen Freudentag macht. — Die ganze Wäsche von 3 Wochen besorgt meine Haushilfe oder ich allein, da Mann, Kinder u. Haushalt auch versorgt werden wollen.

Früh morgens gehts frisch an die Arbeit. Die tags zuvor eingesteckte Wäsche wird aus dem Einweichwasser herausgespült, im Waschkessel heiß gemacht und dann in die Waschmaschine gelegt. Der Motor wird eingeschaltet, und schon drehen sich die Flügel. Hei, wie das schaukelt und schäumt, als wenn Heinzelmännchen dahinter wären! Was schadet es, daß die Wäscherin einmal abgerufen wird. Die Maschine schaukelt lustig weiter. Auch das Wasser wird unterdessen nicht kalt wie beim offenen Waschfaß; der festschließende Deckel verhindert es. Zehn Minuten (mitunter auch länger) lasse ich die Maschine laufen, dann schalte ich den an der Maschine befestigten elektrischen Wringer ein und im Nu liegt die Wäsche im Korbe. Kommt ein Bleichen der Wäsche in Betracht, so habe ich dadurch keinen Zeitverlust, da die Maschine, während ich die Stücke auf den Rasen lege, den nächsten Teil schaukelt. So lasse ich die Wäsche zweimal durch die Maschine bearbeiten, einmal Schmierseife, das zweitemal Kernseife und Seifenpulver dazu benutzend. Beim Spülen ist mir der elektrische Wringer jedesmal eine willkommene Hilfe. Gegen Abend liegt die große Wäsche, die in trockenem Zustande etwa 60 Pfund wiegt, zum Aufhängen fertig im Korbe. Wozu brauche ich noch eine Waschfrau? Die saure, mühevolle Arbeit übernimmt ja die Miele-Waschmaschine; die leichten Nebenarbeiten besorgt meine Haushilfe oder ich. — Im Haushalt geht unterdes die Arbeit ihren geregelten Gang. Der Mann braucht nicht, wie das bei der zeitraubenden Handwäscherei so leicht der Fall ist, über angebranntes Essen zu klagen. Keine Unpünktlichkeit treibt Unmutsfalten auf seine Stirn. Er merkt ja kaum, daß gewaschen wird, und sieht so heiter drein wie sonst auch.

Ja, sagst Du, das ist eine feine Sache, aber — der Kostenpunkt. Da will ich Dir gleich vorrechnen, was solch eine Wäsche kostet, und Du kannst dann selbst urteilen. Bei einer Wäsche von ca. 60 Pfund, wie ich sie für meine sechsköpfige Familie gewöhnlich in drei Wochen habe, verbraucht die Maschine

ca. 0,75 kw Strom	. . . .	à 22 ₰	= M 0,17
2 Pfd. Schmierseife	. . .	à 50 „	= „ 1.—
½ „ Kernseife	. . . .	à 45 „	= „ 0.23
½ „ Seifenpulver	. . .	à 30 „	= „ 0,15
50 „ Holz (evtl. Briketts)		à 2 M	= „ 1,—
			M 2,55

Nun nimm Dir eine Waschfrau, berechne Lohn und Beköstigung (ganz abgesehen von etwaigem Aerger durch eine unzuverlässige Frau) und Du wirst sehen, wo der Vorteil liegt. Die einmalige Auslage beim Kauf der Miele-Waschmaschine (etwa R.-Mk. 300 bis R.-Mk. 350, je nach Größe) hat sich in verhältnismäßig kurzer Zeit rentiert.

Was sagst Du nun zu unserer elektrischen Wäsche? Ich sehe an Deinem Gesicht, die Sache leuchtet Dir ein. Doch wenn Du nun hingehst, dieses so unentbehrliche Stück zu kaufen, dann rate ich Dir, nimm gleich vom Guten das Beste und kaufe eine Original „Miele" Elektro-Waschmaschine (Erzeugnis der Mielewerke A.-G., Gütersloh i. W.). Die führenden einschlägigen Geschäfte geben darüber bereitwilligst Auskunft.

Zeitungskatalog Rudolf Mosse 1927.

In dem soeben erschienenen Zeitungskatalog der Annoncen-expedition Rudolf Mosse für das Jahr 1927 handelt ein besonderes Kapitel von den vielfachen und bedeutenden Vorteilen, die dieses nunmehr 60 Jahre bestehende, weltbekannte Unternehmen den inserierenden Firmen gewährt, die sich seiner Vermittlung bedienen. Diese Vorteile machen sich bei der Vorbereitung und bei der Ausführung der Reklame geltend. Bei der Vorbereitung der Reklame spielt die Beratung des Inserenten über die für jeden Einzelfall in Betracht kommenden fachlichen und technischen Mittel der Ausführung der Reklame die Hauptrolle, und gerade diese Tätigkeit ist es, die dem Haus Rudolf Mosse im Laufe der Jahre einen großen, ständig wachsenden Kundenkreis zugeführt hat. Zu diesem Erfolg hat der jetzt wieder alljährlich erscheinende Zeitungskatalog der Annoncenexpedition Rudolf Mosse gleichfalls nicht wenig beigetragen. Durch die große und zweckdienliche Verbreitung, die ihm im In- und Ausland gegeben wird, ist er gleichzeitig ein erfolgreiches Werbemittel für den Gedanken der Zeitungsreklame geworden, der heute alle Kenner des Reklamewesens den unbedingten Vorzug einräumen.

Der neue Katalog folgt im allgemeinen der bewährten Anordnung seiner Vorgänger. Der textliche Teil ist mit der größten Sorgfalt bearbeitet und berücksichtigt mit der gesamten inländischen auch die ausländische Tages- und Fachpresse in eingehender Ausführlichkeit. Der Anzeigenteil des Katalogs mit den wichtigen Angaben der Verleger über die Bedeutung und den Insertionswert der einzelnen Blätter bietet dem Inserenten ergänzende, wichtige Fingerzeige. So wird auch der Mossesche Zeitungskatalog von 1927 für alle Reklameverbraucher ein nützlicher und zuverlässiger Führer durch das gesamte Zeitungs- und Zeitschriftenwesen sein.

Salit bringt durch die Haut in den Körper, belastet also im Gegensatz zu Medikamenten, die man einnimmt, weder Magen noch Darm. Man frage seinen Arzt.
Salit-Öl enthält als wirksamen Bestandteil 50% Salit. pur., Salit-Creme 25%. Salit pur = 70% Salicylsäurebornylester. — In allen Apotheken zu haben.

Anzüge
Sportanzüge, Straßenanzüge, Abendanzüge, Herren-Mäntel, Lodenmäntel, Gummimäntel, Herbst- u. Wintermäntel, Windjacken, Damen-Mäntel, sowie Herren- und Damen-Schuhe und Stiefel liefern wir nach auswärts 5 Tage zur Probe mit bedingungsl. Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen, um Gelegenheit zu geben, unbeeinflußt Güte u. Preiswürdigkeit eingehend zu prüfen bei angem. Anzahlung gegen bequeme Wochenzahlungen von nur G.-M. 2.— an. Verarbeitet von ersten Kräften, sind uns. Modelle tadellos in Sitz u. Fasson. Verlangen Sie sofort illustrierten Prospekt mit Preisliste gratis und frei.
Walter H. Gertz, Berlin S 42, Postfach
In Berlin erbitten wir Besuch Alexandrinenstr. 97 von 8—7. 828B

Blumen- u. Gemüse-Samen
Blumenknollen, Blütenstauden, Saatkartoffeln sind Vertrauensartikel, die sie nicht von einer beliebigen Stelle kaufen sollten.
Fordern Sie umsonst ein Preisverzeichnis v. der Thüringer Saatstelle
Richard Kaiser Mühlhausen i. Th.

Grammophone
echt Eiche gebeizt,
Größe 45 cm breit, 45 cm tief, 36 cm hoch. Feinste Qualitätsarbeit, bestes Federschneckenwerk. Tonarm zurücklegbar, Schatulle-Vorrichtung zum regulieren der Geschwindigkeit, Tonwiedergabe in höchster Vollendung Preis 72.— RM.
Bei 2 Mk die Woche Abzahlung. 5 Mk. Anzahlung.
Julius Hentschel, Bad Elster. Gegr. 1856.
Schallplatten, doppelseitig, für 15 Pfg. Wochenraten. 50 Pf. Anz.

Hochfeine Harzer Edelroller
St. Seifert, mit zarten, tiefen Hohlroller, Hohlklingel, Schockeln, Knorren, Klingeln und schönen, tiefen Du-Du-Pfeifen. Stück 8, 9, 10 Mk. Feinste Ideal- u. Vorsänger 12 bis 15 Mk. Zuchtweibchen Stück 3 Mk., gegen Nachn. Umtausch innerhalb 14 Tagen gern gestattet.
Franz Krietsch, Apolda 40.

Garantie-Fahrräder
mit Freilauf
für Herren 72.- | für Damen 80.- Nachnahme
Katalog kostenlos v. der Fahrradfabrik
Sigurd-Gesellschaft, Cassel 78

Gute Taschenuhr, vern., nur 2,75 Mk.
Nr. 4, Herren-Anker-Remontoiruhr, versilbert mit Goldrand, Scharnier, ovalem Bügel, Mk. 4,—, Nr. 5, dieselbe, mit bess. Werk, Mk. 5,50. Nr. 6, Sprungdeckeluhr, 3 Deckel, vergoldet, hochfein, Schweiz. Werk, Mk 10,50. Nr. 7, Damen-Anker-Remontoiruhr, echt versilbert mit Goldrand, Mk. 5,50. Nr. 8, Armbanduhr, mit gutem Lederriemen, Mk. 5,50. Uhrkette, vernickelt, Mk. 0,40. Kavalierkette, echt vergoldet, Mk. 1,40. Jede Uhr hat 33stündiges, genau reguliertes Werk mit voller Garantie für ein Jahr. Illustrierte Preisliste gratis! Versand geg. Nachnahme.
Uhrenhaus
Fritz Heinecke, Braunschweig 55, Geisostr. 3

Strangtabak
Blauband das Pfund Mk. 2,50
Rotband „ „ „ 2,—
Weißband „ „ „ 1,50
Geschnittner Strang „ 2,—
Packung ½ Pfund
Wiederverkäufer Vorzugspreise.
Versand von 5 Pfd. ab franko Nachnahme.
Strangtabakfabrik
Peter Baur,
Adenau (Eifel).

Käse postfrei ins Haus!
Kugelkäse, Edam. Form 2 Köpfe ca. 9 Pfd. 5,35
Tafelkäse, Brotform, 2 St. ca. 9 Pfd. nur 5,35
Zurücknahme, wenn nicht gefällt!
Gustav Westphal
Altona 448 Hamburg.
Lebensmittel-Preisliste kostenlos!

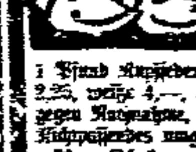
Anzug-, Paletot- und Damen-
STOFFE
liefern direkt an Private
Schwetasch & Seidel G. m. b. H., Tuchfabrik,
Spremberg-L. 45.
Verlangen Sie Muster franko gegen franko.
S & S

Gr. Farmer-Zigarre!
Preis-Abbau! Sie sparen 40%
Unübertroffen in Qualität u. weißem Brand. Aus nur besten überseeisch. Tabaken hergestellt. Statt 10 nur 6 Pfg. 100 St. M. 6.- 350 St. Ausnahmepr. nur M. 20.- portofrei gegen Nachn. ff. Uebersee-Rauchtabake von 50 Pfg. p. Pfd. an. Gar.: Zurückn. Preisliste umsonst. Tabak- u. Zigarrenfabriken
Gebr. Weckmann, Hanau-55

6.50 RM schwarz
6.50 RM braun
per Nachnahme mit Rücksendungsrecht
Ia. Nappaledermütze
Guido Schauenburg, Arnstadt IV.

Käse billiger direkt ab Fabrik
Holländer Art (gelbe Rinde) 9 Pfd. M 3,80
Holst. Tafelkäse (rote Rinde) 9 Pfd. „ 4,—
ff. Tilsiter Art (gelbe Rinde) 9 Pfd. „ 4,80
Ia. Edamer Art (rot gewachst) 9 Pfd. „ 4,80
Alle Sorten w. i. m. Fabrik a. best. Rohmaterial hergestellt. Porto und Verpackung 1 M.
O. Damke, Käse-Fabrik, Hamburg 21, B 56.

Böhmische Bettfedern
aus erster Hand.



1 Pfund graue gute Schleißfedern Mk. 1,—, bessere 2 Mk., geschlissene weiße flaumige 2,75, 3,50, 4,—, Halbflaum 5,50, 6,—, 7,— Mk. 1 Pfund Rupffedern, ungeschlissene halbweiße Mk. 2,25, weiße 4,—, allerfeinste 5,— Mk. Zollfrei, gegen Nachnahme, von 5 Pfund aufwärts franko. Nichtpassendes umget. oder Geld zur. Muster umsonst.
Max Steiner, Kištjan 282 (Böhmen).

Preisabbau in
Böhm. Bettfedern
keine unbrauchbare, ungereinigte Sorten, keine irreführende Qualitäts-Bezeichnung; auf Wunsch geschlissen o. ungeschl. füllfertig.

1 Pfd graue 1.25, halbweiße 2.— und 2,50, sehr flaum. weiße 3,80, Flaumrupf 4,50, Spezialität 5.— u. 5,50, Halbflaum 6,50 und 8.—, Brustflaum 10.—. Gebrauchsfertige neue Betten norm. Größe, rotes federd. Inlett, Oberbett 35.—, Kissen 11.—, Unterbett 26.—. Muster und Preisliste umsonst, von 9 Pfd. an franko. Nichtpassendes Geld zurück.
Josef Christl Nachf., Cham 441, (bayr. Wald)
Der Name allein bürgt für gute Bedienung.

Sächsische Bettfedern und Betten-Fabrik
Paul Hoyer, Delitzsch 79
(Provinz Sachsen), Angerstrasse 4
sendet Ihnen nur allerbeste, streng reelle Qualitäten
Bettfedern und Inletts
Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben u. Preisliste umsonst u. portofrei

Laubsägerei
Vorlagen, Werkzeuge, Holz, Vorlagen usw. in groß. Ausw. bill. Katalog grat.
J. Brendel, Mutterstadt Pfalz

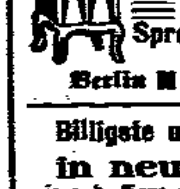
Echte Harzer
von 8 Mk. an, Vorsänger, Zuchtpaare. Käfige, Futter. Illustr. Preisliste frei.
Kanarien-Großzucht
Heydenreich
Bad Suderode 15, Harz

Billige böhmische
Bettfedern

1 Kilo graue geschlissene, Km. 3,—, halbweiße 4,—, weiße 5,—, bessere 6,—, 7,—, daunenweiche 8,—, 10,—, beste Sorte 12,—, 14,— Km. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet
Benedikt Sachsel, Lobes 209
bei Pilsen in Böhmen.

Direkt ab Ostsee. Frei geg. Nachn.
100 Delikateß-Salzhering, vollfett, ff. weißfl. 6 Mk. 250 = 14 Mk. 400 = 20 Mk.
60 schöne Rollmöpse u. 60 Delikateß- oder Bismarckheringe zusammen 6½ Mk.
E. Degener, Konservenfabr. Swinemünde 10

Hausmusik auf Kredit
Wochenrate M. 1,— an
Unsere Original-
„Freyophon"-Apparate
zu Fabrikpreisen ohne Aufschlag. Schallplatten, bequeme Ratenzahlung. Verlangen Sie sofort Liste A.
Sprechapparate-Bau-Gesellsch.
Freier & Co.
Berlin N 4, Chausseestraße 45, 1. Etage.



Honig
Blüten-Schleuder, gar. rein, 10-Pfd.-Büchse Mk. 10,50, halbe Mk. 6,—, frco. Nachn. Garantie Zurücknahme.
Arthur Rohde,
Honigvers. u. eigene Imkerei
Hemelingen 22 b. Bremen

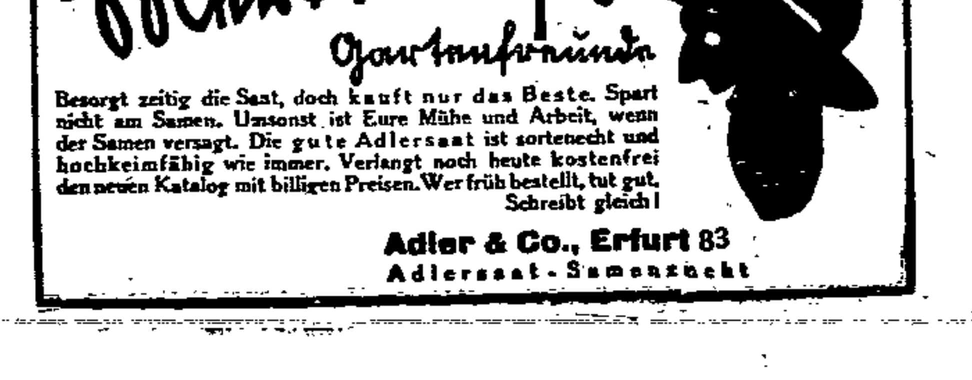
Harmonika-, Sprechapparate-Fabrikation.
Niedrigste Preise. Schallplatten M. 1.
Ernst Hess Nachf.,
gegr. 1872.
Klingenthal Sa. 479.
Großer Katalog gratis.

Größte Auswahl in Musikinstrumenten zu herabgesetzten Preisen

Wolf & Comp., Klingenthal Sa. Nr. 687
Gr. Katalog ums. Auftr. v. M. 10.— an portofrei. Schallplatten M. 2.50 p. St.

Der Kleintier- u. Gartenfreund
Illustrierte Wochenschrift
für Geflügel-, Kaninchen-, Ziegen-, Hunde- und Bienenzüchter, sowie Gartenbesitzer.
Erscheint jeden Freitag.
Preis im Vierteljahr nur 1,50 Mark.
Lehrreiche und leicht verständliche Artikel von ersten Mitarbeitern für alle Gebiete der Kleintierzucht und des Gartenbaues.
Jeder Abonnent ein Freiinserat im Vierteljahr im Werte von 1,50 Mk.
Probenummern kostenlos vom Verlag:
Buchdruckerei Rich. Magin,
Rodalben (Pfalz).
Tücht. Abonnentensammler gegen gute Vergütung gesucht.

Billigste und reellste Bezugsquelle
in neuen Gänsefedern
wie v. d. Gans gerupft mit voll. Daunen Pfd. 2,50, bessere 3,00, dies. dopp. ger. 3,50, II. Fed. Halbdaunen 5,—, sehr zarte 6,—, ¾ Daunen 6,50, ger. geriss. Fed. m. Daunen 4,— und 5,—, hochpr. 5,75, allerf. 7,50, Ia. Volldaunen 9,— und 10,50. F. reelle staubfreie Ware. Gar.: Nehme Nichtgewünschtes auf meine Kosten zur. Vers. geg. Nachn., ab 5 Pfd. portofr. Lieferung
Rudolf Gieltsch,
Gänsemästerei, Neu-Trebbin Nr. 24 (Oderbr.)

Erstklassige
Photoapparate
gegen bequemste Zahlungsbedingungen (1/10 Anzahlung, Rest 9 Monatsraten).
Nur für Januar gültig.
Preisliste Bä frei.
Dresdensia
Kamera-Vertrieb,
Dresden-A. 24

Hochf. Harz. Edelroller
keine Luxuspreise, aber reelle Bedienung! — Höchstprämiiert, weltberühmt, hervorrag. d. l. lang. touren. tiefen Vortrag. Harzmäßige Tag- u. Lichtsänger, feinste Touren-Sänger 8, 9, 10 Mk., feinste Idealsänger 12, erstkl. Vorsänger 15, gutsitzende Zuchtw. 2 u. 3 Mk. Vers. n. u. Gefahr. Umtausch oder zahle Betrag zur. Aufr. Nachn.
R. Werkmeister, Kanarien-Großzüchterei, Hahnenkamp 1 b. Seesen (Harz)